

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die langgestaltete Zeile über deren Raum 40 Wk. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Junf I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 28. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 3. Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Die Wahlen

sind nun beendet. Die Sozialdemokratie hat 45 Mandate errungen — 9 mehr, als bei den Wahlen des Jahres 1890. Ist die Siegesbeute auch nicht ganz so reich, wie wir am Abend der Hauptwahl erwartet hatten, so thut dies der Größe unseres Sieges doch keinen Abbruch. Im Gegenteil, nachdem wir jetzt unterrichtet sind, mit welchen Mitteln die Gegner gearbeitet haben, und wie festgeschlossen die Allianz der kapitalistischen Parteien gegen uns fast überall war, können wir heute mit gutem Gewissen sagen: was die Partei thatsächlich geleistet hat, übertrifft das, was wir am Abend des 15. Juni von ihr geleistet glaubten. Die Erfolge der 1890er Wahl waren außerordentlich glänzend, sie brachten uns einen größeren Zuwachs an Mandaten und Stimmen, allein an Intensität der Kraftleistung steht die 1890er Wahl entschieden hinter der soeben beendigten zurück. Damals war unsere Schlachtlinie bei weitem nicht so ausgedehnt, das Kampffeld viel kleiner, und die Gegner operirten lange nicht so einheitlich. Diesmal hatten wir in den meisten Wahlkreisen im wahrsten Sinne des Wortes „die eine reaktionäre Masse“ gegen uns.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman
von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

I. Kapitel.

André Savenay hatte in einem großen Restaurant der Champs-Élysées in Gesellschaft zweier Kameraden vortrefflich zu Abend gespeist. Guntram von Serenoise und Alfred Bernaud — so hießen sie — nannte er seine Freunde, ohne eigentlich recht zu wissen, weshalb, — wahrscheinlich aber, weil es zur Gewohnheit geworden war, daß er überall mit ihnen zusammenkam, weil er in gleichem Alter stand, ihrer Welt und ihren Kreisen angehörte, weil er ihnen Geld lieb, wenn sie welches gebrauchten oder weil er gelegentlich auch einmal von ihnen einige Louisd'or borgte. Die drei jungen Leute — der Älteste von ihnen war noch nicht dreißig Jahre alt — waren „von Familie“, wie man heute zu sagen pflegt, wo man reich sein muß, um ein Recht auf eine Familie zu besitzen. Von Alfred wußte man, daß er im Bureau seines Vaters, eines feinsten Bankiers, „arbeitete“, der seine jüdische Abstammung nicht verleugnete, trotzdem er sich hatte lassen lassen. Guntram, der einzige Erbe eines Großhändlers aus der Touraine, bereitete sich vorläufig auf dem Pflaster von Paris gemächlich darauf vor, eines Tages an seines Vaters Stelle die Ausbeutung seiner ländlichen und industriellen Arbeiter auf das

Am Klafflichsten kam dies in Sachsen, dem wirtschaftlich entwickeltesten Lande Deutschlands, zur Erscheinung. Dort sind — mit Ausnahme zweier Wahlkreise, in denen die Deutschfreisinnigen, von den Sozialdemokraten unterstützt, bei den Stichwahlen siegten — bloß Vertreter der beiden politischen Extreme: der Sozialdemokratie und des reaktionären Antisemitismus gewählt worden. Sogar der Leipziger Nationalliberalismus hat, um seine „Hochburg“ nicht zu verlieren, unter dem laudinischen Joch des Antisemitismus hindurchgehen müssen. Die Parteischattierungen sind verschwunden — die Vertreter des Kapitalismus setzten alle in derselben Kniee, und haben dasselbe Feldgeschrei. Es entspricht dies der wirtschaftlichen Hochentwicklung des Landes, die „englische Zustände“ und eine haarsträubende Abgrenzung, eine haarsträubende Scheidung der Klassen hervorgerufen hat.

Was in Sachsen schon seit Jahren ist, wird im übrigen Deutschland bald sein, und die Wahl des 15. Juni d. J. nebst den zu ihr gehörigen Stichwahlen, hat den Beweis geliefert, daß wir auf dieser Bahn der Partei-Entwicklung schon beträchtliche Fortschritte gemacht haben, ja dem äussersten Punkt schon ziemlich nahe gekommen sind. Jedenfalls war der Wahlkampf dieses Jahres härter und schwieriger für uns als irgend ein früherer Wahlkampf, weil der Feind im allgemeinen uns stärker entgegentrat. Und daß wir ihm dennoch mehr Boden abringen, mehr Niederlagen beibringen konnten, als in der glücklichsten aller bisherigen Wahlkampagnen, das bildet einen Maßstab für die Würdigung unseres Sieges, setzt dessen Bedeutung in das richtige Licht und giebt uns die Gewißheit des endgiltigen Triumphs. Denn einer erheblichen Steigerung der Kräfte und der Machtenfaltung sind unsere Feinde nicht mehr fähig, wohingegen der Sozialdemokratie durch die Zerstückung der bürgerlichen Gesellschaft unablässig und in immer rascherem Tempo neue Kräfte zugeführt werden.

Wenn eine Gesellschaftsform sich überlebt hat, das heißt, wenn sie den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht mehr genügt und ihre Gemeinwohlbedeutung den Massen des Volkes offenbart, dann hat jeder Versuch, das Unhaltbare zu befestigen, nur die Wirkung, den Sturz noch zu beschleunigen. Das gilt von dem Antisemitismus, dieser letzten Zuflucht der verzweifelnden bürgerlichen Gesellschaft.

Mit sauerfüßer Miene betrachtet daher die „Kreuz-Ztg.“ das Wahlergebnis. Weit mehr sauer als süß. Ist doch das Ansehen des Antisemitismus ein memento mori für die konservative Partei, der das nämliche Schicksal bevorsteht, wie dem Zentrum: daß die adeligen „Führer“ von der plebejischen Menge verlassen und auf den Rehrichthäufen geworfen werden. Nur mit dem einen Unterschied, daß das Zentrum, weil sich die große Mehrheit der Mitglieder den Wählern zu lieb von vornherein demokratische Allüren angelegt hatte, die Mauerung wenigstens ohne Wechsel der Firma vornehmen konnte, während die konservative Partei in Gefahr steht, von dem gefährlichen Kukul des Anti-

semitismus, den sie sich selber ins Nest geschleppt hat, mit Haut, Haar und Firmenschild aufgefressen zu werden. Den Sozialismus zur Linken, den Antisemitismus zur Rechten, gleicht der Kapitalismus einer an zwei Enden angelegten Kerze, die rasch verbrennen muß. Und daß gerade die eifrigsten Anbeter und Apostel des Kapitalismus: Bismarck und seine goldhungrigen Agrarier den antisemitischen Brand entfacht haben, gehört zu jenen Wippen der Weltgeschichte, die in neuerer Zeit besonders häufig sind, und die in den blutigen Ernst des Kampfes einige heitere Abwechslung bringen.

Die Zahl der am 15. Juni abgegebenen Stimmen wird auf rund 7 1/2 Millionen geschätzt, wovon 1 800 000 — also nicht voll zwei Millionen — auf unsere Partei gefallen sein sollen. Indes sind diese Ziffern durchaus nicht zuverlässig. Unbestritten ist unsere Partei weitaus die stärkste Partei in Deutschland, — um fast eine halbe Million zahlreicher als die zweitstärkste Partei: das Zentrum. Trodem haben wir, dank der Unvollkommenheit unseres Wahlsystems, nicht halb so viel Abgeordnete wie das Zentrum. Hätten wir in Deutschland das Proportionalsystem, so würden wir Sozialdemokraten, da unsere Stimmen ungefähr ein Viertel sämtlicher abgegebenen Stimmen ausmachen, etwa 100 Abgeordnete haben — über das Doppelte der uns thatsächlich zugefallenen Zahl.

Eine genaue Uebersicht der Parteien im neuen Reichstag ist heute noch nicht möglich. Das unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Mehrheit der deutschen Wähler am 15. Juni gegen die Militärvorlage gestimmt hat. Auf der anderen Seite ist kaum zu bezweifeln, daß im Reichstag eine Majorität für die Militärvorlage, oder wenigstens für einen Militär-Kompromiß zu finden sein wird.

Unseren Vertretern ist der Weg klar vorgezeichnet: sie werden nach Möglichkeit für die Verwirklichung unseres Programms thätig sein und alles aufbieten, um das Volk vor neuer Belastung und vor jeder Beeinträchtigung seiner Rechte zu bewahren. Der Umstand, daß wir in Deutschland die einzige Partei sind, welche den Militarismus und die Reaktion auf allen Gebieten prinzipiell bekämpft, und die Interessen des Volkes in seiner Gesamtheit vertritt, kommt unseren Abgeordneten, wie überhaupt der Partei, trefflich zu statten.

Und auch der Partei ist der Weg klar vorgezeichnet. Auf den Vorbereiten des Wahlkampfes dürfen wir nicht ruhen. Er war nur die Einleitung einer Aera von langen und schweren Kämpfen, die für die Zukunft unseres Vaterlands entscheidend sein werden. Da giebt's keine Pause, keinen Waffenstillstand. Wir dürfen die Rüstung nicht ablegen, und haben uns rastlos vorzubereiten für die Kämpfe, die uns erwarten.

gründlichste in die Hand zu nehmen. Der dritte endlich, André, war der Sohn eines hervorragenden Architekten, der vor mehreren Jahren gestorben war. Gegenwärtig lebte André mit seiner Mutter und seiner Schwester zusammen von einer bescheidenen Jahresrente von fünfzigtausend Franks. Er hatte die Rechte studirt, um sich wenigstens ein Ansehen zu geben, als thäte er etwas. Er war Advokat, aber er praktizierte nicht. Dabei war er von den dreien noch der Beschäftigste.

Man hätte glauben können, daß sie in sehr fröhlicher Stimmung zusammen gespeist hätten. Das wäre jedoch ein Irrthum! Die Geschichtsschreiber der Zukunft werden berichten, daß im Jahre des Heils 1888 gesunde Fröhlichkeit nicht (hic) war, und die drei Freunde folgten der Mode des Tages zu genau, als daß sie ihren Begehungen einen Anstrich gegeben hätten, der vom „guten Ton“ verdammt wurde. Alfred, dessen blaßes, scharfschnittenes Gesicht einen greisenhaften Zug hatte und um dessen Lippen beständig ein Lächeln spielte, das an das Grinsen eines Klowms erinnerte, konnte nicht drei Sätze hinter einander sprechen, ohne Betrachtungen anzustellen über die Nichtigkeit aller Dinge im Allgemeinen und über die schauerhafte Langweiligkeit des Lebens im Besonderen. Dieser trostlose Refrain lehrte bei allem, was er sagte, ebenso regelmäßig wieder wie der Tic, mit dem er alle zwei Minuten sein linkes Auge zuknick, während ein Monokel auf unsichtbare Weise vor dem rechten Auge befestigt schien. Er hatte sein Verbot nicht gegähnt, hatte ein Spötter einmal von ihm gesagt. — Und in der That, man brauchte diesen blutleeren, vollständig entkräfteten, jugendlichen Greis nur anzusehen, um zu begreifen, daß er wirklich Ursache hatte, das Leben in

einem so elenden Körper langweilig zu finden, — und sicherlich gähnte man dann aus Sympathie mit ihm. Ganz im Gegensatz hierzu war man versucht zu lächeln, wenn Guntram mit seinem gutmüthigen, breiten, etwas bäurischen Gesicht, dessen röhlicher Teint einem sechsjährigen Jungen in Paris Trost geboten hatte, mit einer Stimme so mächtig wie die eines kommandirenden Offiziers Alfred nachzuahmen suchte und dabei in kläglich sein sollendem Tone Phrasen aus pessimistischen Romanen hervorpolterte. Wenn man ihn nicht kannte, fragte man sich gewiß, von welcher schweren Last dieser robuste Junge so niedergedrückt sein konnte; und wenn man ihn kannte, so wunderte man sich wieder darüber, wie ein so leerer Kopf so schwer zu tragen sein könne. André dagegen war weder so verlegt wie der erstere, noch so schwerfällig wie der zweite. Ein reges, inneres Leben strahlte aus seinen schwarzen, funkelnden Augen, Klang aus dem warmen Ton seiner sonoren Stimme, aus seinem elastischen Schritt; und wenn er, was zuweilen geschah, in dem beschäftigten Wädhiggang, der sein Leben ausfüllte, Zeit fand zum Nachdenken, so fühlte er sich von einer sonderbaren Mißstimmung und einem merkwürdigen Gel erfaßt, und solche Stimmungen machten sich dann in beißenden Sarkasmen, in wilder Ironie, in spöttischen Bemerkungen Luft. Seine beiden Kameraden liebten ihn nicht besonders, bewunderten ihn aber sehr und fürchteten ihn noch mehr. Dieses Original, dieser André hatte zuweilen Anfälle von einer Leidenschaftlichkeit, die den kleinen Affen von Alfred vollständig aus der Fassung brachten und Spöttereien, daß es dem braven Guntram kalt über den Rücken lief.

Sie hatten also in der melancholischsten Stimmung von der Welt die herrlichsten Gerichte verspeist, sie hatten mit blasierter Gleichgültigkeit mehrere Flaschen Chateau

*) Sprich schid — „guter Ton“, „feinste Mode“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

Unsere Genossen im Auslande. Aus Galatz in Rumänien wird uns geschrieben:

Als vor etwa 100 Jahren die große französische Revolution mit den alten faulen Zuständen aufräumte, brauchte die Nachricht gerade 14, sage vierzehn Jahre, um nach Rumänien zu gelangen. Während dort eine neue Welt im Entstehen war, wurden hier die Freiheiten des Volkes immer mehr und mehr vermindert und mit Füssen getreten. Ich erinnere nur an die Abtretung der Bukovina an Oesterreich für eine Tabakdose. Heute, nachdem die deutsche Sozialdemokratie diesen glänzenden Sieg erfochten und der wahren Freiheit eine Gasse gebahnt hat, trägt der elektrische Funke die frohe Nachricht von Land zu Land und — zündet. Am 18. Juni hatte das rumänische Exekutivkomitee in Galatz eine Volksversammlung einberufen; aus den entlegentesten Dörfern kamen die Männer, alte Männer mit schneeweißen Haaren mit Frauen und Kindern. Es sprachen die Genossen Filoti, Madjebe, Mille, Jonescu, Bacal, Vascha, anwesend war noch der sieberkrankte Genosse Monzun. Welche Wirkung diese Siegesnachricht, das Aufzählen der einzelnen Episoden des Kampfes, das rührende Ineinandergreifen der Organisation auf diese so tief Gedrückten ausübte, davon hat nur der einen Begriff, der es mitmachte. Wie ein Schwur lang der Beifall, Each nachnahmen und die Fackel der Aufklärung auch in das entlegenste Dorf, in jede Hütte zu tragen. Wir predigen das Evangelium der Menschheit, der Armen, der Enterbten, während Cuere Priester das Evangelium des Kapitals der Reichen und noch gegen Euch predigen, sagte unter Anderem ein Genosse. Von besonderem Interesse ist die lokale Organisation in Galatz. Dank dem unermüdeten Arbeiten einiger tüchtiger Kräfte geht es sehr rasch vorwärts, anstatt in die Kirche, geht der Arbeiter jetzt in seinen Klub, hört richtig ausgewählte Vorträge, und — vorwärts geht's — immer vorwärts. Nachtragen will ich noch, daß der Klub eine eigene Krankenkasse besitzt. Genossen, schwer ist Euer Kampf, härter wird er entbrennen, — in Deutschland spielt der erste Akt der größten Tragödie, die je über die Weltbühne ging. Auf Euch sind alle Augen gerichtet, wie in Deutschland gespielt wird, wird hier getanzt — ergo — — sonst dauert's wieder 14 Jahre, bis eine gute Nachricht kommt. —

Die Wahlen. Bis Dienstag Mittag liegt das Ergebnis von 170 Stichwahlen vor. In diesen sind nach einer Uebersicht des „Reichs-Anzeigers“ gewählt:

Sozialdemokraten	21
Konservative	25
Deutsche Reichspartei	13
Nationalliberale	33
Freisinnige Vereinigung	9
Freisinnige Volkspartei	23
Süddeutsche Volkspartei	7
Ultramontane	9
Welfen	7
Antifemiten	13
Wilde	3
Elfässer	1

Neun Stichwahlen stehen noch aus.

Einschließlich der Hauptwahlen sind bis jetzt 387 Abgeordnete gewählt worden (darunter Bebel, die Antifemiten Ahlwardt, Werner, Zimmermann, der freisinnige Volksparteiler Träger je zweimal). Die bisher Gewählten vertheilen sich auf die Parteien, wie folgt (in Klammern folgen wir — nach Nichtigstellung einiger Zahlen in der gestrigen Uebersicht, in welcher 6 welfische Hospitanten zum Centrum gezählt waren, die aber besser mit den anderen Welfen vereinigt werden — den Bestand der Parteien im letzten Reichstage hinzu):

Sozialdemokraten	24	+	21	=	45	(36)
Konservative	49	+	25	=	74	(68)
D. Reichspartei	11	+	13	=	24	(18)
Nationalliberale	15	+	23	=	48	(42)
Freis. Vereinigung	3	+	8	=	11	
Freis. Volkspartei	0	+	23	=	23	(18)
Südd. Volkspartei	4	+	7	=	11	(10)
Ultramontane	61	+	9	=	70	(103)
Welfen	0	+	7	=	7	(10)
Polen	12	+	7	=	19	(17)
Antifemiten	3	+	13	=	16	(6)
Wilde	5	+	3	=	8	(6)
Däne	1	+	0	=	1	(1)
Elf. Protest.	7	+	1	=	8	
Elf. f. d. Ntl.	2	+	0	=	2	(10)

217 + 170 = 387 (397)

Die „National-Zeitung“ schreibt:

Lastige geleert, sie hatten von Frauen und Pferden mit derselben lebenswürdigen Gleichgiltigkeit geplaudert, und jetzt sahen sie, ausgezeichnete Havanna zwischen den Röhren, in der frischen, klaren Luft eines Oktoberabends nicht weit von dem Triumphbogen und sprachen von diesem und jenem. André lachte. Sein nervöses, trockenes Lachen erweckte bei Guntram ein bröhnendes Echo. Alfred vergaß zu gähnen, was seine Art, fröhlich zu sein, bedeutete. In diesem Augenblicke hätte man die drei jungen Leute vielleicht zu dem Geständnis bewegen können, daß es auch schöne Momente im Leben gäbe, wenn nicht unglücklicherweise ihr ewiger Müßiggang die Frage angeregt hätte:

„Was werden wir heute Abend anfangen?“ Sie hatten bisher noch nicht daran gedacht; und nun war der bloße Gedanke, daß sie dasselbe beginnen würden, wie alle Abende, daß sie dieselben bekannten Gesichter wiedersehen und Stunden lang in ihrem Klub am grünen Tische verbringen würden, schon genügend, um sie auf das Tiefste zu verstimmen.

„Kann man denn wirklich nicht einmal etwas Neues erfinden?“ sagte Alfred und gähnte dabei verzweifelt.

„Wollt Ihr Euch heute Abend einmal ansehen, was ich von meiner Reise aus Spanien mitgebracht habe?“ schlug André vor.

„Los!“ sagten die beiden anderen, froh darüber, daß sie nicht länger über eine so schwierige Frage nachzudenken brauchen. — Und die kleine Gruppe ging die Allee entlang und schritt auf den Park von Monceau zu, in dessen Nähe sich André's Haus befand. Plötzlich rief Guntram aus: „Halt, was ist denn hier los?“ Er wies mit dem Finger auf eine ungeheure Glaskuppel, die rings mit elektrischen Lampen geschmückt war, deren Schein das Auge blendete. Unter einer mit Glaskugeln versehenen Galerie zwischen zwei mit Ornamenten verzierten Wänden und zwei Reihen Kästen, in denen verkrüppelte Gewächse ein trauriges Dasein fristeten, schlängelte sich ein mit Kies bestreuter Weg entlang. Vermittelte Statuen, die Pagen in der Tracht der Renaissancezeit dar-

Es fehlen nur noch die Meldungen über 11 Wahlen; 396 sind bekannt. Davon kommen auf die National-Liberalen 51 und wahrscheinlich 2 Hospitanten, Konservativen 72, Freikonservativen 21, freisinnige Vereinigung 12, Liberalen für die Militärvorlage 3, Polen 19, Antifemiten 18, Wilde 4, zusammen für die Militärvorlage 202. Dagegen Centrum 88, Sozialdemokraten 43, freisinnige Volkspartei 21, süddeutsche Demokraten 11, liberale Elfässer 8, süddeutsche Bauernhändler 3, Welfen 7 und 1 Däne, zusammen gegen die Militärvorlage 184.“ —

Der Bundesrath wird, so melden die Offiziösen, voransichtlich vor der Eröffnung des Reichstages noch zwei Sitzungen abhalten, um die Vorlagen festzustellen, die dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt, am 4. Juli, unterbreitet werden sollen. Es werden dies sein: die Militärvorlage und, wie schon erwähnt, Vorschläge zur Vinderung der Futternoth. Hinsichtlich der Militärvorlage schweben zwischen den verbündeten Regierungen auch Verhandlungen über die zunächst erforderlichen Kosten und deren Deckung außerhalb der Pläne der Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches. —

Ueber die Dortmunder Stichwahl schreibt die „Germania“, das führende Centrumsorgan:

„Es sind bei der Stichwahl abgegeben worden für Möller 21 683, für Tölke 21 521 Stimmen. Ersterer hat demnach noch einmal den Sieg davon getragen, aber man frage nur nicht wie. Mit einem Hochdruck hat die nationalliberale Partei an einzelnen Stellen gearbeitet, der aller Beschreibung spottet. In Dorffeld, Courel, Raman, Schwerte u. s. w. sind die Arbeiter wieder kolonnenweise, den ihnen gefaltet in die Hand gegebenen Möller'schen Stimmpapier in der erhobenen Rechten tragend, zur Urne geführt worden. Ohne Rücksicht auf den Beschluß der Centrumpartei mußten die Centrumswähler mit zur Wahl und selbstredend für Möller stimmen. In gleicher Weise wurden alle Beamten ohne Unterschied zur Wahl angehalten. Was nie dagewesen ist, hat sich jetzt als Möglichkeit gezeigt. Alle Bahnbeamten, soweit es nur eben zu machen war, wurden zur Wahl beordert. Die auf der Fahrt befindlichen wurden mitten auf der Strecke von solchen, die schon zur Wahl gemessen waren, oder in Kreisen wohnen, wo keine Stichwahl war, abgeholt, fuhren mit dem nächsten Personenzug zurück, übten ihr Wahlrecht aus und begaben sich dann sofort wieder zu ihrer Dienststelle, und trotz alledem für Möller nur eine Mehrheit von ganzen 64 Stimmen. Allerdings hat es auch bei keiner Wahl hier so viele ungültige Stimmen gegeben, wie dies Mal, ihre Zahl dürfte im ganzen Wahlkreis 12—1500 betragen. Es sind das fast ausschließlich von Centrumswählern abgegebene Möller'sche Zettel, auf denen der Name durchstrichen ist, oder die die Wähler auf andere Weise ungültig zu machen gesucht haben. Wäre die Wahl eine wirklich freie gewesen, so würde, das unterliegt keinem Zweifel, der Sozialdemokrat vielleicht mit mehr als 1000 Stimmen gestiegen haben. Ebenso wenig unterliegt es aber jetzt auch einem Zweifel, daß die Wahl Möller's wiederum für ungültig erklärt werden wird, denn an entschiedenen Protesten gegen die Wahl wird es nicht fehlen, und dann tritt aller Voraussicht nach die Sozialdemokratie auch hier die Erbchaft ihres nationalliberalen Vaters an.“

Wenn es sich um gemeine Wahlbeeinflussung handelt, so ist der Nationalliberalismus dem ärgsten Junker „über“. Der Möller aber, wenn er einen funken politischen Anstandes besäße, dürfte ein durch diese Hochstapeleien von den „Gentlemen“ ergaunertes Mandat nicht annehmen. Wenn — — —

Keine Nothstandsverordnungen in Preußen. Der preussische Landtag wird sich nicht mit der Futternothfrage beschäftigen. Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten“ in ihrem entschlichen Kauderwelsch melden, besteht die Ansicht, daß auf dem Wege verwaltungsbehördlichen Einschreitens das Nöthige vorgekehrt werden könne, um zu verhüten, daß die unseugbar vorhandene Verlegenheit zahlreicher landwirthschaftlicher Berufskreise sich zu einem allgemeinen Nothstande auswachse. Dementsprechend seien vom Verkehrsministerium und den sonstigen zuständigen Ressorts Vorkehrungen getroffen, um den Bezug von Futtermitteln thunlichst zu erleichtern, und insbesondere die bezüglichen, bedeutend ermäßigten Tarife mit dem geizigen Loge in Kraft getreten.“

Während andere deutsche Landesvertretungen die Sache ernsthaft behandeln, bleiben die preussische Regierung und preussische Landrathskammer lässig bis ans Herz hinan gegenüber einem wirklichen Nothstand der kleinen Landwirthe. Wenn Pacht-nachlässe für Domänenpächter, Steuervorrechte für Junker, schmählichste Privilegien für die fatten Reichsunmittelbaren

stellen sollten, trugen Fackeln und ein wahrhaft mitleid-erregender Anblick war es, den dieser falsche Luxus und diese falsche Kunst beim Eingang in diesen falschen Garten darboten.

„Das?“ sagte André, „das ist der Wagramsaal. Hier tanzt und speist der „kleine Mann“. Bald ist das Lokal Ballsaal, bald Versammlungssaal, aber immer ein ordinarer Ort!“

Ein Arbeiter ging eben unter dem blendend erhellten Bogenweg entlang.

André rebete ihn an:

„Können Sie mir vielleicht sagen, was heute Abend hier los ist?“

Ohne stehen zu bleiben, stieß der Mann die Worte hervor: „Große Protestversammlung zu gunsten des Streiks in Charleroi, Bürger.“

„Famos“, rief André, „also irgend ein sozialdemokratischer Klimbim! Da habe ich eine Idee. Wie wär's, wenn wir hineingehen? Das wäre ein Spaß, der Geld werth ist.“

Alfred schnitt eine Grimasse, und Guntram bemühte sich seinem Vorbilde nachzuahmen. Augenscheinlich lag ihnen wenig daran, sich in diese ihnen fremde Welt zu begeben. Aber André beharrte dabei:

„Wer weiß? Das kann vielleicht sehr lustig werden. Jedenfalls giebt es hier viel Neues zu hören; und morgen könnten wir den Freunden unser Abenteuer erzählen. Wie werden sie lachen über die Dummheiten, die unsere Herrn Ritzbürger hier zu Tage fördern werden.“

Und als sie noch zögerten, fügte er hinzu: „Also vorwärts! Der süße Böbel ist nicht so schlimm, wie er aussieht. Oder habt Ihr etwa Furcht?“

„Furcht? Schämte Dich! Nein, gewiß nicht!“ Wie konnten Alfred und Guntram auch Furcht haben! Sie glaubten den Beweis für ihre Furchtlosigkeit dadurch zu liefern, daß sie ohne Bögen in den Riesweg einbogen.

(Fortsetzung folgt.)

auf dem Spiele stehen, dann regt sich mit dem munteren Eifer der gewinnbringenden Plasmacherei die Kompanie der Schlot- und Krautjunker, die sich ihr vom allgemeinen Wahlrecht unversehrtes Auentheil im Landtage ergattert haben.

Millionen und abermals Millionen werden für das Heer und die Agrarier hingegeben, und jetzt, da der Kleinbauer in höchster Gefahr ist, jetzt, da nicht bloß die Junker, der Hypothekenschwender, die überseitsche Lebensmittelkonkurrenz, sondern auch die Elemente ihm den Garaus zu machen drohen, soll das schwerfällige Mühlenwerk unserer Verwaltung, das nur dann sich flinker dreht, wenn für die „Edelsten und Besten“ etwas zum Mahlen aufgeschüttet wird, den bedrängten Bauern zur Verfügung stehen.

Was nützt die Herabsetzung der Frachtsätze, wenn der letzte Groschen zum Teufel ist, wenn das Vieh für einen Spottpreis verschleudert werden muß, wenn es an Dünger fehlt? Die Frachtsätze herabsetzen, ohne den Bauern ausreichende Geldmittel zu überweisen, damit sie für Futter u. s. w. sorgen können, heißt einem Ertrinkenden statt des rettenden Balles ein frommes Traktatlein zuwerfen, heißt zur Noth auch noch den Spott fügen. Vortheil haben von den niedrigen Frachtsätzen nur die bessergestellten, die großen Landwirthe, die über ausreichende Betriebsmittel verfügen und von dem Zugeständniß des sonst so sparsamen Herrn Thieren ausgiebigen Gebrauch machen werden. In anderen Staaten ist den Bauern der Wald geöffnet worden. In Preußen bleiben die Forsten geschlossen, kein Futter, keine Waldstreun wird gewährt! Möge der preussische Bauer aus diesen Thatfachen lernen! —

In den Reichsländern scheint man anders zu urtheilen als in Preußen. Zu der Mittheilung über die in Elsaß-Lothringen wegen der Futternoth ergriffenen Maßnahmen erfährt das Vindictblatt noch, daß nicht nur die Vorkaufsflächen, sondern auch die einzelnen Gemeinden direct von der Staats-Depositverwaltung die nöthigen Betriebsmittel erhalten, um den einzelnen Landwirthen Darlehen bis 400 M. gegen 2 1/2 pCt. rückzahlbar innerhalb fünf Jahren, zu geben. —

Eine Einladung zum Parteitag der freisinnigen Volkspartei wird heute Abend in der „Freisinnigen Zeitung“ erlassen. Auf der Tagesordnung hat der Parteitag, der am 15. und 16. Juli in Berlin abgehalten werden soll, die Punkte Parteibezeichnung, Programm, Organisationsstatute und sonstige Organisationsfragen der Partei.

In Württemberg weht borussische Luft. Eine Abordnung der durch die Futternoth hart bedrängten Altbauern wurde, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, von der Krone nicht empfangen. Minister Schmid nahm die Resolution nicht entgegen. Er erklärte, der Landtag werde nicht einberufen werden. Heu sei unter 7 Mark nicht lieferbar. Sämereien, Kraftfutter seien und werden aufgekauft. Auf eine diesbezügliche Bitte gestand er zu, die Futtermittel kreditweise gegen mäßige Verzinsung abzugeben. Die Gemeinden seien längst angewiesen, ihre Waldungen zu öffnen. Er werde mit dem Finanzminister betreffs der Staatswaldungen unterhandeln. Für frachtfreie Beförderung und Zölleuspension sei der Bundesrath nicht zu haben. Man sei noch nicht im Bebel'schen Zukunftsstaat, wo der Staat für jeden sorgen müsse. Im übrigen hielt Minister Schmid eine längere Rede gegen die Opposition. Quittirt die Regierung so über den Ausfall der Wahlen, die die Hauptstadt fast der Sozialdemokratie auslieferten und der Volkspartei zehn Mandate verschafften? Wenn Herr Schmid den Gegenwartsstaat dadurch vom Zukunftsstaat unterscheidet, daß in ersterem für die Hilfsbedürftigen alle gesorgt werde, im Gegenwartsstaate aber nicht, so ist das erfreulich. Hoffentlich merken sich's die Altbauern. —

Die Nationalliberalen sind die Kautschukpartei, die der Regierung stets zu Willen ist, sie vertritt die Sonderinteressen der Schienensünder, Fabrikdespoten und großkapitalistischen Steuerhinterzieher, sie ist die eigentliche Verfechterin der Sache des Großbesitzes, des Arbeitertruges, der Ausnahmegeetze und Ausbeuter-Schutzgeetze. Dieser Klügel, der das unehrenhafte Dasein einem schändlichen Schacher mit allen rückschrittlichen Gruppen verbannt, der auf konservativ-antifemisch-ultramontan-deutscherfreisinnigen Krücken in den Reichstag einzieht, nennt sich in seinem Hauptorgan, der „National-Zeitung“, die Hauptvertretung des deutschen Liberalismus“. Und ihre Aufgaben faßt die Fraktion „Drehschibe“ wie folgt zusammen:

Wahrung der individuellen Freiheit als der Regel, so daß jede Abweichung erst als notwendig und heilsam bewiesen werden muß; Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Rechte aller Reichsangehörigen; Abwehr aller Verdrängung, die um so verderblicher ist, je mehr die innere und äußere Lage die Zusammenfassung aller zum Zusammenwirken bereiten Kräfte verlangt; Zurückweisung des Strebens nach Sondervortheilen auf Kosten der Gesamtheit; nachdrückliche Bekämpfung jedes staatlichen Mißstandes und jeder Klassen-Überhebung; offene Bezeichnung von Fehlern und Unzulänglichkeiten der Regierung als das, was sie sind — dies Alles ist jetzt eben so sehr die Aufgabe der nationalliberalen Partei, wie andererseits die positive Mitarbeit an der Besserung der Volkszustände und an der Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse.“

Wiel kürzer und treffender läßt sich das Programm in die Worte zusammenfassen:

Schütze dem Geldsack!
Nieder die Sozialdemokratie! —

Das preussische Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung vom 27. Juni den vom Herrenhause zu ungunsten der Ultramontanen, zu gunsten des nationalliberalen Geldsack-Klüngels am Rhein abgeänderten Gesetzentwurf wegen Aenderung des Wahlverfahrens in zweiter Abstimmung gegen Centrum, Deutschfreisinn und Polen endgiltig angenommen. Die Arbeiterchaft stellt dieser Wahl-novelle, die auf das zerrissene Gewand des Klassenwahl-Systems einen neuen Flicken setzt, läßt bis ans Herz hinan gegenüber. —

Parlamentarisches. Die Interpellation Graf Douglas über die Maßregeln gegen die Cholera und die Denkschrift über den Stand der Cholera 1892 wird am 1. Juli im preussischen Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangen. —

Freikonservativer Mannesmuth. Die „Post“, das Organ der Vorkaufspartei, ist kein Blatt, worin einseit-

liche, selbständige Politik getrieben wird, sie ist zu vergleichen einem Fußteppich, worauf die verschiedenen Wortführer und Geldgeber der Reichspartei, die trotz ihrer Kleinheit verschiedenartige Geldsäckchen in sich schließt, sich die Stiefeln abputzen. Das erlebte die lächelnde Zeitungswelt im volkswirtschaftlichen Kometenjahre, wo die „Post“ am Montag sich in lobender Begeisterungsluth für den deutsch-österreichischen Handelsvertrag verzehrte, um am Dienstag mit dem Bruststone der Ueberzeugung diesen selben Vertrag zu vernichten. Am letzten Sonntag brachte die „Post“ einen „Der Ausgang der Wahlen“ überschriebenen Artikel gegen Caprioli, den man in politischen Kreisen allgemein auf Freiherrn von Zedlitz-Neukirch, den Führer der Freikonservativen im Abgeordnetenhaus, zurückführte. Heute nun schreibt die „Post“, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken:

„Freiherr v. Stumm-Halberg ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift:

Halberg bei Brebach, 25. Juni 1893.

Gegen den Artikel in der ersten Beilage zu Ihrer Nr. 171: „Der Ausgang der Wahlen“ lege ich entschieden Protest ein und bitte Sie, demselben öffentliche Verbreitung zu geben. Der Artikel widerspricht nicht bloß der Haltung der Fraktion der Deutschen Reichspartei in der letzten Session, sondern ganz gewiß auch der weit überwiegenden Stimmung innerhalb der Partei selbst. Diese erblickt in dieser kritischen Zeit ihre Aufgabe wächtig nicht darin, mit der Opposition in ihren Angriffen gegen die Reichsregierung in ein Horn zu stoßen oder die Letztere durch eine „sachkundige Kritik“ ihrer auswärtigen Politik dem Auslande gegenüber zu diskreditiren, sondern mehr als je und gerade jetzt darin, die Autorität der regierenden Gewalten mit voller Kraft zu unterstützen.

Frhr. von Stumm-Halberg.

Wenn Herr von Stumm ein Menschenverächter wird und den Selbstherrschern für den allein richtigen hält, so bieten derartige Zwischenfälle eine ausreichende psychologische Erklärung. Wer so läble Erfahrungen mit den Mächtsstehenden macht, ist leicht gewillt, diese Erfahrungen zu verallgemeinern.

Dreißt und g—ierig ist der Bund der Landwirthe, dieser Fachverein der Großgrundbesitzer. Ex petitioniert jetzt bei dem berufenen Wärtel der Agrarierinteressen, beim Herrenhause, darum, dem § 18 des Gesetzentwurfs wegen Aufhebung direkter Staatssteuern folgende Fassung zu geben:

„Die auf Grund der §§ 1—4 des Grundsteuer-Entschädigungsgesetzes vom 21. Mai 1861 und der §§ 1 und 15 des Gesetzes vom 11. Februar 1870 für die Aufhebung von Grundsteuer-Befreiungen und Bezugszuzugungen geleisteten Entschädigungen werden nicht zurückerstattet.“

Die Frechheit, auf Kosten der armen frohndenden Masse Trinkgelder zu betteln und zu erpressen, ist ein Erbgut der junkerlichen Sippe. Sie haben vor Jahrhunderten das Bauern-, das Gemeinland geraubt, sie haben die Bauern-„Befreiung“ zum lohnendsten Geschäft gemacht, sie sädeln Liebesgaben ein und wollen heute die Grundsteuer-Freiheit und die „Entschädigung“ dazu, die ihnen 1871 für die Aufhebung der Grundsteuerfreiheit gezahlt worden ist. Wie lange noch wird dieser Klengel des Volkes unbegreifliche Geduld mißbrauchen? Wie lange noch werden die Junker Preußen-Deutschland als ihre Domäne und die Volksmasse als das eiserne Vieh darauf betrachten? —

Fromme Entrüstung. Ueber den neuesten Boulangisten-Schwindel spottet die „Kreuz-Zeitung“. Sie macht sich über die Déroulade und Millevoye lustig, die auf so handgreifliche Fälschungen, wie die föstlichen Urkunden des Mulatten Norton, hineinsehen. Sehr wohl! Aber wenn die Wortführer des Junkerblattes ihr Gedächtniß schärfsten, mühten sie zuerst vor ihrer eigenen Thür stehen. Haben nicht im Jahre 1849 gerade die Redakteure und Hinterwänner der „Kreuz-Zeitung“ das „Bubenstück“ ausgekonnen, „um einen Mann“, den wackern Demokraten Waldeck, „zu verderben“? Hat nicht der Zuschauer der „Kreuz-Zeitung“, der saubere Göddische, den Dhm angegriffen, den berichtigten Brief d'Esters zu fälschen? Hat nicht die Justiz die plumpe Fälschung erußt genommen und Waldeck in den Kerker geworfen, bis dann der Staatsanwalt im Prozesse sich mit jenem gesägten Worte vom „Bubenstück“, das der preussischen Justiz kein gutes Zeugniß ausstellte, auf rettender Planke zu bergen gesucht hat? In Preußen wird der durch ein Komplott der Kamarilla Beschuldigte verhaftet und vor Gericht gezogen. In Frankreich wird das Hochstaplerthum am Krage genommen und entlarvt. Unsere verkehrte Kollegin in der Königgräberstraße mag also in sich gehen, ehe sie mit frommem Augenaufschlag lästert über die läudigen Sodomiten an der Seine. — Denn auf sie trifft doppelt zu, was sie von den Boulangisten sagt:

„Das sind Dinge, die freilich bemessen, wie gering in den Kreisen der französischen Veruspolitiker der Sinn für historische Realitäten ist. Sie sind im Stande, selbst die großen politischen Thatfachen zu vergessen, die sie selbst erlebt haben, völlig beherrscht durch die tönenden Schlagworte, mit denen sie ihren gleich ignoranten Wählern blauen Dunst vormachen.“ —

Die gestern gemeldete Nachricht vom Tode Cornelius Herz wird heute widerrufen. Derselbe soll noch am Leben sein, doch wird sein Zustand als sehr bedenklich hingestellt. —

England. Die Parnelliten haben, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus London telegraphirt wird, ein Manifest an die Irländer in Amerika gerichtet, worin sie um pekuniäre Unterstützung ersuchen und erklären, sie würden im Namen der irischen Nation gegen Gladstone's neue finanzielle Vorschläge protestiren, welche die nationale Erniedrigung bedeuteten und das irische Parlament zur Ohnmacht und zum Bankrott verurtheilen würden. —

Die Mehelei von Hornkranz, bei der deutsche Zivilisation die Frauen und Kinder der flüchtenden Hottentotten zusammenschloß, ist am 26. Juni im englischen Unterhause zur Sprache gekommen. Der Parlamentarischersekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, die Berichte über die Ueberrumpfung der Hottentotten durch die deutsche Schutztruppe am 12. oder 13. April widersprechen sich. Die Berichte stimmten darin überein, daß das Fort erstürmt wurde und einige Frauen beim Angriff auf dasselbe getödtet worden sind. Aber in anderer Hinsicht sei der deutsche Bericht wesentlich von dem der Hottentotten verschieden. Ob die Berichte der Hottentotten dem skeptischen Engländer nicht als die sachlicheren erscheinen? —

Die armen Bimetallisten. Kurz vor der Auflösung brachten die Adernänner noch flugs einen Doppelwährungsantrag ein, sntemalen sie dieses demagogischen Kniffs für die Wahlagitation nicht entralhen mochten. Und heute kommt die Nachricht, daß das Silberwährungsland ersten Ranges, daß Indien die freie Silberprägung gesetzlich eingestellt hat, und daß in Englands größtem Kolonialreich die Goldwährung eingeführt werden soll. Ein harter Schlag für die Silberkönige jenseits des großen Wassers, die ihre Silberschiffe nach Indien schiden, um dort die Ueberschüsse ihrer stetig wachsenden Erzeugung auszumünzen zu lassen, ein harter Schlag für den munteren Chor der um Scheingründe nie verlegenen Arenten, Schalscha, Wirbach und Kardorff. Eine wirtschaftliche Umwälzung in den Silberländern bereitet sich vor, das Paradespield des Bimetallismus aber, Indien, thut keine Dienste mehr. Die lateinische Münzkonvention, deren Bestand ohnehin sehr gefährdet war, ist nun in ihren Grundvesten erschüttert. Die Schweiz z. B., deren Währungsverhältnisse durch die Konvention in arge Wirrnis gerathen sind, kann sich dazu nur Glück wünschen. —

Endlich! Endlich! Soeben trifft ein Telegramm des „Wolff'schen Bureaus“ aus London ein, welches besagt:

Nach einer Meldung aus Springfield (Illinois) den 26. d. hat der Gouverneur von Illinois, Altgeld, die drei Anarchisten Fielden, Keebe und Schwab, welche anlässlich der Ruhestörungen in Chicago im Jahre 1886 verurtheilt und ins Gefängniß gebracht worden waren, begnadigt. Der Gouverneur ist der Ansicht, daß die Verhandlung gegen dieselben nicht unparteiisch geführt worden. „Nicht unparteiisch geführt!“ Das wird jetzt zugestanden — sieben Jahre nach dem „Anarchistenprozeß“ von Chicago, der schmachvollsten Justizfarcie — sechs Jahre nach der Hinrichtung von fünfzehn der unschuldig Verurtheilten, dem schmachvollsten Justizmord der neueren Zeit! Sieben Jahre haben die „Begnadigten“ unschuldig im Kerker gesessen; und die fünf Gemordeten — eigentlich sechs, denn Pigg, der in den Tod getrieben ward, ist ebenfalls gemordet — können nicht ins Leben zurückgerufen werden.

Die Opfer des Chicagoer Anarchisten-Prozesses — die gemordeten wie die „begnadigten“ — waren an der That, wegen deren sie verurtheilt wurden, so unschuldig, wie die Bourgeoisgeschworenen selbst, von deren wüthendem Klassenhaß sie verurtheilt wurden. Die Chicagoer Krawalle des Mai 1886 waren von Polizeispikeln gemacht, die im Auftrage des Kapitalismus die Aktstundebewegung schädigen wollten; die verhängnisvolle Bombe wurde von der Hand eines Polizeispikels geschleudert; eine Verurtheilung konnte bloß dadurch herbeigeführt werden, daß einem Gesetz, welches zur Zeit der Begehung des „Verbrechens“ noch nicht bestand, rückwirkende Kraft verliehen ward; die Hauptbelastungszeugen des Bombenprozesses sind später als Lumpen und Fälscher entlarvt worden. Und trotzdem wir dies duhend und duhend Male hervorhoben, hat die gesammte Bourgeoispresse jene unschuldigen Opfer als die schwärzesten aller Verbrecher, und uns, weil wir ihre Unschuld behaupteten, als ihre Mitschuldigen hingestellt. Was werden die Bourgeoisblätter nun sagen, nachdem der oberste Beamte des Staats Illinois dem Chicagoer Prozeß das Brandmal ausgedrückt hat: „nicht unparteiisch geführt“? —

Ergebnisse der Stichwahlen.

Nach den letzten Mittheilungen aus Schwarzburg-Rudolstadt hat in diesem Kreise nicht unser Parteigenosse A. Hofmann aus Saalfeld, sondern Lütich (Freisinnige Vereinigung) mit 281 Stimmen Mehrheit gesiegt. Dies Resultat wurde erst Dienstag Morgen festgestellt. Gegen die Wahl wird wegen sachlicher Beeinflussungen Protest erhoben. Da Schwarzburg-Rudolstadt nicht gewonnen wurde, würde sich die Zahl unserer Mandate auf 44 stellen. In Dresden-Land soll aber unser Parteigenosse Horn doch noch gesiegt haben. Es ist daher zu hoffen, daß sich die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion definitiv auf 45 stellt.

Ueber das Dresdener Resultat meldet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ wörtlich: 6. Wahlkreis (Dresden-Land): Horn 5. 17 048, Günichen 16 765 Stimmen. Horn ist somit gewählt. Die Gegner berichten, Günichen habe gesiegt; das sozialdemokratische Wahlkomitee erklärt jedoch, daß das Resultat der Wagner falsch ist.

Falls sich der Sieg Horn's bestätigt, haben wir — wie gestern gemeldet — bei der diesmaligen Reichstagswahl 15 Kreise gewonnen, 30 behauptet und 6 Kreise verloren.

Sonstige Stichwahlen mit Sozialdemokraten.

Erlangen-Fürth. 2. Mittelfranken. Weiß FB. mit 200 Stimmen Mehrheit gegen Segis S. gewählt. Hof. 1. Oberfranken. Münch-Herber mit etwa 8000 Stimmen Mehrheit gegen Löwenstein S. gewählt.

Würzburg. 6. Unterfranken. Redermann J. gegen Fülle S. gewählt.

Weimar. 1. Sachsen-Weimar. Kalnring R. mit 2500 Stimmen Mehrheit gegen Vaudert S. gewählt.

Jena. 3. Sachsen-Weimar. Bis jetzt Walter R. 6800, Leutert S. 4900 Stimmen. Walter's Wahl gilt als sicher.

Oldenburg-Lübeck-Birkenfeld. 1. Oldenburg. Enneccerus R. gegen Hug S. gewählt. Die Freisinnigen stimmten geschlossen für ihn.

Barel-Westerstede-Jever. 2. Oldenburg. Träger FB. 9200, Hug S. 4000 Stimmen. Drei Gemeinden fehlen. Träger's Wahl sicher.

Dessau. 1. Anhalt. Köfcke Bg. mit 4000 Stimmen Mehrheit gegen Peus S. gewählt.

Reichenbach-Neurode. 11. Breslau. Definitives Resultat. Kühn S. 10 106 St., Conrad B. 8494 St. Ersterer gewählt.

Amliche Resultate.

Elberfeld-Barmen. 2. Düsseldorf. Abgegebene Stimmen 42 810. Davon erhielt Harm S. 22 605, Dahm R. 20 205. Mithin ist Harm gewählt.

Solingen. 3. Düsseldorf. Abgegebene Stimmen 19 902. Davon erhielt Schumacher S. 11 761, Römer R. 8141. Demnach ist Schumacher gewählt.

Frankfurt a. M. 6. Wiesbaden. Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 28 448. Davon erhielt Schmidt S. 17 180, Dr. Oswald R. 11 268. Mithin ist Schmidt gewählt.

Leipzig. 12. Sachsen. Abgegebene Stimmen 80 464. Davon erhielt Dr. Dasse R. 18 241, Pinkau S. 14 223. Dasse mithin gewählt.

Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien.

Elbit-Niederung. 1. Gumbinnen. (Amliches Resultat.) Abgegebene Stimmen 20 878. Davon erhielt v. Reibnitz FB. 10 188 St., Räsowurm R. 10 185 St. Ersterer ist demnach mit 8 St. Majorität gewählt.

Stolz-Lauenburg. 1. Cöslin. Will R. 11 038 St., Biffer Bg. 11 078. Ersterer ist gewählt.

Müppin-Tempzin. 8. Potsdam. Abgegebene 20 102 St. Davon erhielt Bauer Bernhard Böhm zu Brunn FB. 10 182, Gutsbecker Kamprecht zu Kl. Müg. R. 9050. Böhm gewählt.

Salzwehel-Gardelegen. 1. Magdeburg. (Amliches Resultat.) Von 15 194 abgegebenen Stimmen erhielt Schulz-Lupis R. 8825 St., v. d. Schulenburg-Beegendorf R. 6369 St. Ersterer gewählt.

Ösnabrück. 4. Ösnabrück. Die Wiederwahl v. Schele's B. gilt für zweifellos.

Sylt-Soya. 6. Hannover. Baron v. Arnswaldt-Gardenbostel B. 8001 St., Weidenhöfer R. 6414 St. Ersterer ist wiedergewählt.

Germerdheim. 3. Pfalz. Brünings R. wiedergewählt.

Zweibrücken. 4. Pfalz. Adt R. 9572 St., Reeb J. 7086 Stimmen. Einige kleinere Orte stehen noch aus; sie ändern an dem Resultat der Wahl Adt's nicht.

Kaiserlautern. 6. Pfalz. Brund R. mit 1000 Stimmen Majorität gewählt.

Ludwigshafen. In der Pfalz sind nunmehr nach Celedigung der Stichwahlen wieder 6 nationalliberale Abgeordnete gewählt.

Wahrenth. 2. Oberfranken. Bayerlein R. gewählt.

Forchheim. 3. Oberfranken. Barck FB. gegen Pezold J. gewählt.

Ausbach-Schwabach. 3. Mittelfranken. Kröber SW. gegen Beck R. gewählt.

Zahr. 6. Baden. Abgegebene 18 109 St. Davon erhielt Fabrikant Schnettgen in Daslach J. 9585, Kommerzienrath Sander-Zahr R. 8524. Ersterer gewählt.

Koburg. 1. Koburg-Gotha. Veck FB. mit 420 Stimmen Mehrheit gewählt.

Schaumburg-Lippe. Langerfeld Bg. mit 508 St. Majorität gegen von Oheim R. wiedergewählt.

Die Reichstagswahl.

Das „freisinnige“ Bürgerthum. Die Volkspartei in Bärtemberg hat überall da, wo sie mit den Nationalliberalen in Stichwahl kam, durch die Hilfe unserer Partei gesiegt. Zum Dank dafür stimmte sie bei der Stichwahl in Stuttgart, wo unser Kandidat Klotz in Stichwahl stand, für den Nationalliberalen Sigle. Die Freisinnigen in den Kreisen Frankfurt-Debus, Rottbus-Spremburg, Sorau stimmten in ihrer Mehrheit für die konservativ-antisemitischen Kandidaten.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Berliner Gewerkschaften! Genossen! Der Wahlkampf ist vorüber; ein Theil der Arbeiten der Gewerkschaftskommission mußte während desselben nothgedrungen unterbleiben. Wir ersuchen jedoch die Gewerkschaften, nunmehr eifrig an die Regelung der verschiedenen Fragen heranzugehen, die vor der Wahl die organisirten Arbeiter schon beschäftigt haben. Das Submissionswesen mit seinen Schäden und Nachtheilen für die bei derartigen Arbeiten Beschäftigten ist in erster Linie jetzt in den öffentlichen Gewerkschafts-Versammlungen zu besprechen. Es werden zu diesen Zwecken den einzelnen Gewerkschaften in allerhöchster Zeit Fragebogen zugehen, deren Inhalt und Fragen in den Versammlungen zu diskutieren und eventuell zu beantworten sind; auch sind sonstige bemerkenswerthe Vorkommnisse und Uebelstände bei den Submissionsarbeiten möglichst genau, mit Namen und Daten, anzuführen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Achtung, Buzsach! Am Sonnabend, den 1. Juli, findet Annenstraße 16 eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Genossen Pal m einen Vortrag über „Die wirkliche Lage der Proletarier“ halten wird. Von über 600 in Berlin befindlichen Geschäften und Fabriken sind bisher circa 400 noch nie mit Flugblättern belegt worden, weil es stets an Kräften gemangelt hat. Wir ersuchen daher diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit der Fabrication von Damenhüten und Garnirungsartikeln (Blumen, Blätter, Federn u. s. w.) beschäftigt sind, und in deren Arbeitsstätte bisher keine Flugblätter verbreitet wurden, ihre Adressen an den Unterzeichneten einzusenden, event. Vertrauenspersonen zu ernennen, welchen dann Flugblätter zugesandt werden können. Ebenso werden die Genossinnen und Genossen, welche sich an der Flugblätter-Verbreitung beteiligen können, ersucht, ihre Adressen an W. Jäger, Nitzdorf, Dermannstr. 34, einzusenden. J. A.: W. Jäger.

Achtung Vergolder! Alle Vertrauensleute oder deren Stellvertreter werden hiermit zu einer wichtigen gewerkschaftlichen Besprechung, die am Donnerstag, den 29. Juni, Abends präzis 8 Uhr bei Scheffer, Inselstraße 10, (kleiner Saal) stattfindet, eingeladen. Sollten Werkstätten vorhanden sein, in denen sich kein Vertrauensmann befindet, so bitten wir, einen Delegirten zu entsenden. Es darf keine Werkstätte unvertreten bleiben.

Die Ortsverwaltung.

Der Streik der Zimmerer in Oberberg ist beendet, doch besteht die Sperre über den Platz des Zimmermeisters Bauer noch fort. Der Streik ist größtentheils zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen; auf einigen Stellen wird zwar die Vereinbarung von 1889 noch anerkannt, doch ist auf dem Hauptplatz beim Zimmermeister Bauer der erwartete Erfolg durch Streikbrecher, die aus dem Oberberg kamen, vereitelt worden. Befremdlich ist, daß die meisten dieser Leute in Berlin gearbeitet haben und dennoch so unsolidarisch ihren Kollegen gegenüber gehandelt haben. Hier der Letzteren wurden gemahngelt und haben in der Umgegend heute noch keine Arbeit wieder erhalten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
 Mittwoch, den 28. Juni.
Spernhaus. Das Nachlager in Granada.
Neues Theater. Letzte Liebe.
Deutsches Theater. Der Sohn der Wildniß.
Berliner Theater. Hamlet.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Boccaccio.
Avall's Theater. Don Juan.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Ein Wintermärchen.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegerpapa.
Alexanderplatz - Theater. Vor Sonnenaufgang.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apoll's Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variétés. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Im Theater:
 Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
 Gastspiel der Königl. Hofchauspielerinnen Fräulein Julia Behr.
Ein Wintermärchen.
 Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare.
 Musik von N. Potow.
 Regie: Max Samst.
 Aufführung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Im Garten auf d. Sommerbühne.
Die Konfektionerie.
 Volkstheater m. Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Erich Stoffan. Regie: Fritz Schäfer.
 Vor und nach der „Konfektionerie“:
 Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.
 Morgen: Vorstellung.
 Sonnabend: Volks-Vorstellung.

Norddeutsche Brauerei.
 58. Chaussee - Strasse 58.
Täglich:
Concert.
 Wochentags Entree frei.
 Bei ungünstiger Witterung im Saal.
 Die neu eingerichtete Kaffee-
 küche ist den geehrten Gästen von 2
 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L*

Passage-Panopticum.
 Neu:
Blaue Grotte.
 Neu:
Geistertisch.
Das Wunderpferd.
 Täglich 9-10:
 Spezialitäten-Theater
 ohne Extra-Entree.

Castan's Panopticum.
 Neu:
Der Tod als Erlöser.
 Neu:
Die Schreden des Meeres.
Bauern-Aufstand!
 Illusionist. Vorstellungen.
 Irrgarten. — Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Im prachtl. Sommergarten
 täglich
Gr. Garten-Concert
 und
Spezialitäten-Vorstellung.
 Bei ungünstigem Wetter findet die
 Vorstellung im Saale statt.
 Anfang: Sonntags 6 Uhr.
 Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

B. Nielt's Festsäle,
 Weberstr. 17,
 empfiehlt sich zur bevorst. Saison den
 Vereinen zu Festlichkeiten u. Versamm-
 lungen. Saal gratis u. sonstige koulante
 Bedingungen. 3441L*

Königl. italienischer Circus
Ernesto Ciniselli.
 Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
 Heute, Mittwoch, den 28. Juni:
Große Konkurrenz-Vorstellung
 zwischen sämtl. Reitern u. Reiterinnen,
 Künstlern und Künstlerinnen, Spezial-
 täten und Clowns 1. Ranges. Ferner
 Reiten und Vorführen der bestdressirten
 Schul- und Freizeitsperde.
 In Vorbereitung: Die Erschaffung
 des Weibes oder: Das Weib durch die
 Jahrhundert. Große Ausstattung-
 Pantomime, mit durchweg neuen De-
 corationen, Kostümen, Requisiten etc. etc.
 (Besichtig. geschätzt.)
 Achtungsvoll
 Ernesto Ciniselli, Direktor.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Auftreten der Leipziger Sängers
 vom Krystall-Palast.
 Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
 Anf. Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
 für Festlichkeiten und Versammlungen.
 Carl Koch.

Moabiter Gesellschaftshaus.
 Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung, sowie Concert.
 Anfang 4 Uhr.
 Entree 30 Pf., reservirter Platz 50 Pf.
 4127L*

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide,
 Bergmannsstrassen-
 Ecke. 52/7
 Heute, Mittwoch, den 28. Juni 1893:
Großes Kinderfest mit Gratisverloosung,
Großes Garten-Concert und Ball.
 Marionetten-Theater, Volksbelust. Abends: Gr. Fadelzug u. beng. Beleuchtung.
 Anf. des Concerts 4 Uhr. Entree 15 Pf., vorh. 10 Pf., Kinderbill. à 15 Pf. a. d. Kasse.
 Morgen Donnerstag: Großes Extra-Militär-Concert. A. Froelich.

Neue Welt. Hasenhaide, Bergschloss-Brauerei.
 Heute, Mittwoch, von 4 Uhr ab:
1. Kinder-Rosen- und Kostüm-Fest
 mit Gratisverloosung. Hauptgewinn: Ein großer Sportwagen.
 Von 4 Uhr ab: Concert und Vorstellung. Pantomime.
 Bräunchen, Puppentheater, Fehlgang im Kostüm, Stangenklettern etc.
 Entree 15 Pfg. Kinder 10 Pfg. — Donnerstag: Feuerwerk.

Weimann's Volksgarten,
 Badstrasse 56. Gesundbrunnen. Pankstrasse 25.
 Heute, Mittwoch, den 28. Juni, von 4 Uhr ab: Großes
Kinder-Freudenfest u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Entree 15 Pfg. Kinder 10 Pf. Donnerstag: Sommernachtsfest.

Freie Volksbühne.
 Die Besitzer von Geschäften, Restaurateure, Cigarren-
 händler etc.), die den Vertrieb der Billets zu dem
Stiftungsfest d. Freien Volksbühne,
 das am Sonntag, den 23. Juli cr., in Schönholz
 bei Berlin stattfindet, übernehmen wollen, werden gebeten,
 ihre Adresse dem Unterzeichneten einzusenden.
Das Fest-Comité:
 889/20 J. H.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
 Ganze Anstattungen Küchenmöbel in grosser
 in Mahagoni u. Nussbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastiansstr. 20
 Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L*

Schmiedel's Festsäle,
 Alte Jakobstrasse 32,
 empfehle meine hocheleganten Säle
 zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
 Auch steht den geehrten Vereinen etc.
 der große Sommergarten zur Verfügung.
 Wwe. E. Schmiedel.

Stempel Vereins-Abzeichen etc.
 H. Gattmann,
 Brunnenstr. 9.
J. Semmel, Oranienstr. 55,
 täglich am Moritzplatz,
 pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-6. Sonnt. 9-1.
 Theilzahlung gestattet.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
 am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Etablissement Moritz-
 Platz. **Buggenhagen.** Moritz-
 Platz.
 Täglich: Instrumental-Concert.
Großer Frühstücks- u. Mittags-
tisch. Spezial-Auswahl von **Vahren-**
hofer Lagerbier, hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen
 findet das Concert in den oberen
 Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
 Säle für Versammlungen, Kommerse,
 Festlichkeiten etc.

Schweizer-Garten
 am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
 und
Spezialitäten-Vorstellung.
 Geschwister Rigoll, Familla Carlo,
 Mr. Pamera, Max Grabow, Gebr.
 Disenato, Emma Lucas,
 Troupe Columbia und Gebr. Verocero.
 Im Saale: **BALL.** [4199L*

Ostbahn-Park
 am Küstriner Platz,
 (Hermann Imbs)
 Rüdorsdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Concert,
Theater u.
Spezialitäten-Vorstellung.
 Pantomimisten-Truppe Garetton,
 Mr. Do Dolfs, Regier-Excentric etc.
 Volksbelustig. jeder Art. 4 Regel-
 bahnen zur Verfügung.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Lehrplan für das Sommerhalbjahr.
 (III. Quartal 1893.)
 Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von
 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 8 bis 10 Uhr
 Vormittags.

	Nordschule.	Südschule.
	Müllerstr. 179a.	Mariendorferstr. 10 bei Grube.
Montag	Deutsch (ob.).	Nationalökonomie.
Dienstag	*Kaufm. Rechnen, Wechsel- recht, Korrespondenz.	Deutsch (untl.).
do.	Geschichte (alte).	—
Mittwoch	Deutsch (untl.).	Geschichte (mittl.).
Donnerstag	—	Deutsch (ob.).
do.	Physiologie.	—
Sonabend	*Buchführung.	—
Sonntag	Gesetzeskunde.	—
	Ostschule.	Südost-Schule.
	Markusstr. 31.	Reichenbergerstr. 133.
Montag	Gesetzeskunde.	Anatomie.
Dienstag	Deutsch (untl.).	*Gesetzeskunde.
do.	—	Deutsch (untl.).
Mittwoch	Logik.	*Rechnen.
do.	—	Deutsch (ob.).
Donnerstag	Physiologie.	*Kaufm. Rechnen, Wechsel- recht, Korrespondenz.
do.	—	Geschichte (neue).
Freitag	Geschichte (alte).	Mathematik.
Sonabend	Rechnen.	Physiologie.
do.	—	*Buchführung (doppelte).
Sonntag	Buchführung.	—

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-
 Räume erteilt.
Für alle vier Schulen an jedem Sonntag Vormittag von 8-10 Uhr:
National-Ökonomie in Schönig's Restaurant, Stallschreiberstrasse 29.
 Die Teilnahme an dem Unterricht der ersten Woche im Semester steht
 Jedem, auch Nichtmitgliedern, unentgeltlich frei.
 Für sämtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen
 aufgenommen.
 Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an
 endstehenden **Zahlstellen**, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist,
 erfolgen. Dasselbst wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am
 Unterricht ihre **Schulkarten** einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich,
 Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch
 Billets zur **Arania** à 25 Pf. (welch letztere dann nur noch eine Nachzahlung
 von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.
 Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**
 Börner, Ritterstr. 109.
 Grädel, Dresdenerstr. 116.
 Klein, Schönleinstr. 6.
 Ehrenberg, Kinnenstr. 16.
 Schönig, Stallschreiberstr. 29.
- SO.**
 Südschule, Reichenbergerstr. 133.
 Kehr, Köpcke'str. 126.
 *Schulz, Admiralstr. 40 a.
 Ulrich, Brangelstr. 84.
 Zubell, Naungerstr. 86.
 Schayer, Reichenbergerstr. 54.
 Falterke, Brangelstr. 16.
- SW.**
 Grube, Mariendorferstr. 10.
 Windhorst, Junkerstr. 1.
 *Antrick, Steinmehstr. 60.
- O.**
 Ostschule, Markusstr. 31.
 E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
- Ratke, Krautzstr. 48.**
Loek, Friedrichsbergerstr. 11.
Ungering, Breslauerstr. 27.
- C.**
Löwenberg, Neue Schönhauserstr. 18.
Wernau, Rosenstr. 30.
- N.**
 Nordschule, Müllerstr. 179a.
 *Gleinert, Müllerstr. 174.
 Gnadt, Svinemünderstr. 120.
 Kleinau, Gartenstr. 171.
 Lehmann, Brunnenstr. 83.
 Schmidt, Treßdorferstr. 24.
 Raabe, Ruppinerstr. 42.
 Meinhart, Pappel-Allee 3/4.
- NO.**
 *Gumpel, Barnimstr. 42.
 Drescher, Eimienstr. 50.
- NW.**
 Vogtherr, Stephanstr. 27a.
 Voss, Lübeckerstr. 6.

Achtung!
 Den Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes und der
Arbeiter-Bildungs-Schule zur Nachricht, daß die letzte
 Rollen-Ausgabe zum Festzug „Triumph der Arbeit“ am
 Freitag, den 30. Juni, Abends 8 Uhr, in den „Konfordia-
 Sälen“, Andreasstr. 64, stattfindet und ersuchen wir inter-
 essirende Mitglieder, auch Damen und Kinder, sich pünkt-
 lich einfinden zu wollen. 100/4
 Die Kommission. J. H.: Otto Rasche, Mariannenstr. 84.

D. Wurzel, Lieferant des Konsumvereins „Süd-Ost“,
 Wrangel-Strasse 16. [4096L*
Kleiderstoffe, Moussoline und Batiste in großer Auswahl.
 Zur Naturgeschichte des Absolutismus. { Zu beziehen durch alle Expediteure, Kol-
Katharina II. von Russland. porteure und Parteiduchhandlungen, so-
 80 Seiten. — Preis 20 Pfg. wie v. Verlag: H. Baake, City-Passage.

Verlag des Vorwärts Berliner Volksblatt, Berlin SW., Benthstr. 2.
 Das zur diesjährigen **Maifeier** in Aussicht gestellte
Kunstblatt
 welches bereits in der **Maifeier-Zeitung** als Mittelbild gebracht wurde, ist nunmehr in bedeutend
 vergrößertem Maßstabe — Plattengröße 68x47 cm; Kartongröße 95x73 cm — in feiner Kupferätzung
 ausgeführt in unserer Verlagsgesellschaft. Das Bild heißt
Der erste Mai
 und ist dazu angethan, jeden Versammlungssaal, jedes Vereinszimmer der Arbeiter zu verschönern,
 vor allem wird es für jedes Proletarierheim ein würdiger
Zimmer schmuck
 sein. Um dies wahrhaftige Kunstblatt auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur
Drei Mark
 festgesetzt. Gegen Einsend. d. Betrages werden Bestellungen von außerhalb porto- u. emballagefrei effektiert.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Ein Bollkrieg mit Rußland?

Ein neuer russischer Maximal-Zolltarif ist am 25. Juni vom amtlichen „Journal de St. Petersburg“ (Petersburger Zeitung) veröffentlicht worden. Dieser Tarif ist so hoch, daß er für viele Waaren einen Sperrzoll bedeutet. Wie das offiziöse Telegraphenbureau meldet, enthält er folgende Sätze:

Ein Zollausschlag von 30 pCt. wird im Maximaltarif auf folgende Waaren gemacht: Kartoffelmehl, Stärke, Mandelkern, Früchte und Beeren (frische, getrocknete und eingedöckte), Pflaumen, Konserven, Trüffel, Tabak, Zigarren, Konditorwaaren, Arak, Rum, Eiquerre, Traubenweine, moussirende und nichtmoussirende Weine, Käse, Fisch (mariniert, gefalzen, geräuchert, außer Haringen), Austern, Leim, bearbeitetes Haar, Wachs, Lederfabrikate, Kortholz, Holzfabrikate, Korbmacherarbeit, bearbeitete und unbearbeitete Steine, Asbest, Malachit, Gips, Polirstoffe, Zylinderwaare, Fayence, Porzellan, Glasfabrikate, Gummi, Kautschuk (ebenso Fabrikate daraus), Schwefel, Weinstein, Alaun, Chromsäure, Aluminium-Beize, schwefelsaure Alaunerde, Natron, Kali, Essigpulver, Chloralkali, Säuren, schwefelhaltige Kohlenstoffe, Nitriol, Lapis, Brechstein, Medikamente, Aether, Pflanzöle, Kosmetika, Seife, Gerbstoffe, Berliner Blau, Kupferfarben, Farbstoffe, Gold-, Silber- und Platinfabrikate, Kupfer, Eisen, Stahl und Blechfabrikate, Eisen-, Stahl- und Kupferdraht, Nadeln, Messer, Waffen, Senfen, Sichel, Handinstrumente, Maschinen und Apparate, Lokomotiven, Automobilien, landwirtschaftliche Maschinen, Waagen, Apparate, Brillen, Uhren, musikalische Instrumente, Equipagen, Waggonen, Schiffe, Schreibwaaren, Baumwollgarn, Seide, Seidenfabrikate, Wolle, Baumwollgewebe, Stricke, Seile, Jute- und Leinwandstoffe, Leinwand, Battist, Bettdecken, Materialien zum Weben und Stricken, Schnur, Band, Lüll, Spizen, Wäsche und Kleidung, Damenhüte, Damen-Kopfpug, Hüte, Mützen, Schirme, Knöpfe, bearbeitete Federn, Glasperlen, Galanterie- und Toiletensachen, Pulver.

Einen Zollausschlag von 20 pCt. setzt der Maximaltarif vorzugsweise auf folgende Waaren fest: Reis, Gemüße, Weintrauben, Anis, Kummel, Nüsse, Senf, Lorbeer, Zichorien, Kaffee, Kakao, Tabak in Blättern, Honig, Hefe, Fruchtessig, Essig, Fleisch (Rind-, Schaf-, Kalbfleisch, gefalzenes, geräuchertes, gedörrtes Fleisch, Würste), Duntstoffe, gebrannte Knochen, Rissen, Matrosen, Schwamm, tierische Fettsäure, bearbeitete und unbearbeitete Häute, Pelzwerk, Holz, lebende und getrocknete Pflanzen, Baumaterialien, Ziegel, einfache Zylinderwaare, Karbolsäure, Kolophonium, Kippalt, Petroleum, Terpentinöl, Borax, Spath, Ammoniak und Ammoniak-Präparate, Arsenik, Opium, aromatische Wasser, Lack, Kreide, Indigo, Cochenille, Blei- und Zinkweiß, Eisen, Blech, Stahl, Kupfer, Aluminium, Nickel, Blei, Zinn, Zink, bearbeitetes Kupfer, Eisen- und Stahlschienen, emaillierte Gußeisengefäße und -Fabrikate, Lettern zum Buchdrucken, Fabrikate aus Blei, Zinn, Zink, Bronzepulver, Pumpen und Papiermasse, Zellulose, ungeämte und ungeponnte Wolle, Baumwoll-Watte, Wollen- und Halbwoollen-Gewebe.

Wenn Waaren außer europäischer Herkunft von einem europäischen Staat nach Rußland importiert werden, der Rußland nicht das Meistbegünstigungsrecht gewährt, so unterliegen diese einer Zollzahlung nach dem gewöhnlichen Tarif mit einem Ausschlag von 15 pCt.

Ueber die Herkunft der Waaren aus Ländern, die Rußland gegenüber das Meistbegünstigungsrecht genießen, sind den russischen Zollämtern Zeugnisse der russischen Konsuln oder sonstige vom Finanzministerium zu bestimmende Dokumente vorzulegen.

Der Tarif kann durch ministerielle Verfügung in Kraft gesetzt werden. Es handelt sich hier offenbar um eine Waffe der russischen Regierung im Kampfe um wirtschaftliche und politische Vorteile, sie benützt den Tarif, um einen günstigen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen. Die russischen Diplomaten treten in die Fußstapfen der schweizerischen Staatsmänner, die auch einen hohen Maximaltarif schufen, damit sie dann beim Abschluß von Handelsverträgen desto profitabler abschneiden konnten.

Rußland ist nur dem Beispiele gefolgt, das Bismarck 1879 gegeben hat, seine Schutzzöllerei spinnt denselben Faden und dieselbe Nummer. Nachdem Westeuropa sich durch Handelsverträge gebunden hat, war der Maximaltarif ein Mittel, sich gegen die Vereinfachung zu schützen und auf den Druck der Aussperrung durch den nachdrücklichen Gegenruck eines Maximaltarifs-Bojkott zu antworten.

Neben dem Maximaltarif soll der bisherige Tarif nur als Minimaltarif und zwar bloß für Staaten gelten, die die russischen Erzeugnisse unter den günstigsten Bedingungen zur Einfuhr und Durchfuhr zulassen. Für alle übrigen Ländern gilt der Maximaltarif. Kommt kein deutsch-russischer Handelsvertrag zu stande, so gilt auch für Deutschland der Maximaltarif.

Wie wir gestern auf Grund der offiziellen Wolffschen Nachricht meldeten, sind nun die Aussichten für den Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages ungünstig, wir haben also mit der Möglichkeit eines Bollkrieges zu rechnen. Es ist von uns schon oft genug nachgewiesen worden, daß

*) In der Begründung des Maximaltarifs führt die russische Regierung in einer Denkschrift, die in der „National-Zeitung“ mitgeteilt wird, u. a. aus:

„Mit dem Jahre 1892 schlug die Zollpolitik der Westmächte eine neue Richtung ein, deren charakteristisches Merkmal hauptsächlich in der Festsetzung gegenseitiger Zollermäßigungen zu suchen ist, die sich auf eine ganze Reihe von Waarenkategorien beziehen, darunter auch auf Erzeugnisse der Landwirtschaft, die bekanntlich den größten und wichtigsten Exportzweig Rußlands bilden. Diese in einzelnen Staaten neuerdings vertragmäßig eingeführten Minimaltarife haben keine Anwendung auf russische Erzeugnisse gefunden, so daß jetzt tatsächlich zum ersten Mal viele russische Ausfuhrwaaren infolge der ungleichen Einfuhrbedingungen gegenüber denselben Produkten anderer an dem Verträge beteiligter Länder in der Konkurrenz mit letzteren beeinträchtigt sind. Diese Umstände haben eine Abweichung von dem doch nur billigen Prinzip der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der internationalen Handelsbeziehungen hervorgerufen; sie mußten auf die den russischen Exporthandel nährenden Produktionszweige um so nachteiliger wirken, als Rußland unentwegt fortfuhr, den Ländern, die den russischen Export den übrigen Exportländern gegenüber in eine so ungünstige Lage gebracht hatten, gleiche Einfuhrbedingungen mit den Ländern zu theil werden zu lassen, welche Rußland das Meistbegünstigungsrecht gesichert haben.

die deutsche Volksmasse der russischen Nahrungsmittelzufuhr, vor allem des russischen Roggens, bedarf. Liefert doch Rußland in normalen Zeiten neun Zehntel des vom Deutschen Reich gebrauchten ausländischen Roggens! Wir sind bei diesem nothwendigen Bollnahrungsmittel auf Rußland angewiesen.

Der Fortbestand des Fünfmarkzolls ist eine volksschädliche Ungerechtigkeit, jede Steigerung des Roggenzolls aber wäre ein verhängnisvoller Frevel an der Lebenskraft der großen Masse. Der § 6 des deutschen Zollgesetzes, der die Anwendung von Kampfmaßregeln behandelt, lautet:

„Waaren, welche aus Staaten kommen, welche deutsche Schiffe oder Waaren deutscher Herkunft ungünstiger behandeln, als diejenigen anderer Staaten, können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, mit einem Zuschlag bis zu 50 pCt. des Betrages der tarifmäßigen Eingangszollabgabe belegt werden. Die Erhebung eines solchen Zuschlages wird nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung angeordnet. Diese Anordnung ist dem Reichstag sofort oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritte mitzutheilen. Derselbe ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Wild fürmen die Protvertheurer gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag an, der „Bund der Landwirthe“ wäre nicht der Fachverein der Volkshungerer, wenn er nicht die Verbilligung des russischen Roggens für eine Todesünde erklärte und sie mit allem Eifer der Gewinnsucht bekämpfte. Was aus den Verbrauchern, den vielen Millionen kleiner Leute, was aus den zahlreichen Arbeiterschichten wird, die durch den der Schutzpolitik in erster Reihe geschuldeten Rückgang des Handels- und Verkehrswezens in den preussischen Ostprovinzen bereits in die drückendste Lage gerathen sind, das kümmert die Sozialpolitiker der Junkerschaft, die nur um ihren Geldbeutel besorgt sind, keinen Pfifferling.

Der Ansturm der Steifleinenden des Livolitages ist offenbar, wie wir es vorausgesagt, nicht ohne bedeutende Wirkung auf das gute Herz unserer Machthaber geblieben. Wenn der um das Wohlergehen der abgehauenen Domänenpächter sich zürlich mühende preussische Landwirtschaftsminister den verkrachten Großpächtern Pächternachlässe und ein „angemessenes“ Existenz-Mindestmaß sichert, so bemüht sich die Reichsregierung dafür, daß die nothleidenden Großgrundbesitzer den Rahm des Differentialzolls abschöpfen können. Verkommen und hungern derweilen die ausgelegenen Konsumenten, so ist es doch immer ein Trost, daß die „Edelsten und Besten“ im gelobten Lande sind. Verlohnt es sich also nicht, den Handelsvertrag zu Falle zu bringen und einen Hungertarif — denn etwas anderes ist ein Kampfzolltarif nicht — einzuführen?

Sache der Vertreter des arbeitenden Volkes ist es, gegen diese neueste Mächenschaft des Großgrundbesitzes mit aller Kraft zu kämpfen. Kein Kampfzoll, kein Differentialzoll, zum mindesten Einführung des 3,50 Mark-Sahees auch für russisches Brotgetreide. Wie, sind die, die am Steuer sitzen, mit Blindheit geschlagen? Die Futternoth herrscht im Deutschen Reich, die Ernte ist nach dem letzten Saatenstandsbericht sehr gefährdet, Preußen begnügt sich mit spaßhaften Palliativen, jetzt, wo es dem Bauer an den Krügen geht (siehe die Rundschauotiz: Keine Nothstandsvoorlagen in Preußen), und man denkt an ein Attentat auf Wagen und Geldbeutel der Steuerzahler, wie es nicht ärger sein kann.

Wir haben das lebhafteste Interesse daran, daß der Lebensmaßstab der arbeitenden Bevölkerung, der kleinen Leute nicht noch tiefer sinkt. Heute darbt und verkrümert die Arbeiterschaft. Soll sie nicht vollends reißend schnell verelenden und entarten, so gilt es, den schimpflichen Geläften des Agrarierthums den Riegel vorzustopfen. Denn der Pferdefuß des Junker Urian von Ostelbien schaut unter dem Mantel der Patrioterei, worein er sich gar zu gerne hüllt, nur zu deutlich hervor.

Entpimt sich der mörderische Bollkrieg, so werden dadurch die Arbeitergruppen der deutschen Ausfuhrzweige, die ihren Markt in Rußland haben, auf das ärgste heimgeführt. Bedient sich Rußland der Prohibitiv- (Verbot-) Zölle des Maximaltarifs, dann wird sicher ein Theil jener Ausfuhrzweige lahmgelegt, es werden weniger Waaren erzeugt werden, die Geschäfte werden stocken, nicht wenige Betriebe werden feiern, zahlreiche Arbeiter werden entlassen, der Lohnsatz sinkt.

Die am schwersten zu dulden haben, zahlen die Bollkriegskosten. Dies gilt für die Arbeiter der Ausfuhrindustrien so gut wie für die große Mehrheit der deutschen Roggenbrotesser, für das werthtätige Volk, für den Handarbeiter so gut wie für den Krämer, für den Kleinbauern so gut wie für den kleinen Beamten.

Ist eine schutzöllnerisch-rückwärtliche Mehrheit im neuen Reichstage gesichert, dann wird das deutsche Volk in allernächster Zeit dafür büßen, daß es die Wahltschlacht nur halb gewonnen hat. Moloch Militarismus leert ihm den

Bei dieser Lage der Dinge war die fernere Beibehaltung eines einheitlichen autonomen Zolltarifs nicht mehr zulässig. Die russische Regierung sah sich vielmehr durch die Verhältnisse gezwungen, auch ihrerseits zur Ausnahme des Prinzips der Differentialzölle in die russische Zollgesetzgebung zu schreiten, nach welchem die gleichartigen Erzeugnisse der einzelnen Länder je nach den Gegenstandnissen, die dem russischen Export gemacht werden, verschiedenen Zollätzen unterliegen. Dieser Maßregel liegt kein anderer Zweck zu Grunde als der: den wirtschaftlichen Interessen des Reiches einen billigen Schutz zu gewähren. . . Die Einführung eines doppelten Zolltarifs mit erhöhten Zollätzen für die Waaren derjenigen Länder, welche dem russischen Export nicht das Meistbegünstigungsrecht zugesprochen, und mit niedrigeren Zollätzen für die Einfuhr aus den Ländern, welche Rußland das Meistbegünstigungsrecht gewähren, erweist sich demnach unumgänglich, einmal als rationelle Grundlage für eventuelle in Zukunft wünschenswerthe Handelsverträge und zweitens als eine billige Bevorzugung der Waareneinfuhr aus solchen Ländern, welche bereits gegenwärtig Rußland die Meistbegünstigung zu theil werden lassen.“ Dieser letzte Satz zeigt, daß die russischen Zollpolitiker die gleiche Methode befolgen wie die schweizerischen, und daß sie geneigt sind zu Handelsverträgen.

Sädel und heischt unerbittlicher als der härteste Steuerbote die Blutsteuer, während zu gleicher Zeit, im Interesse des agrarischen Junkerthums, der Schwachriemen den Konsumenten enger gezogen wird.

Soll das lammgeduldige Volk denn wirklich bluten bis auf's Weiße?

Parteinachrichten.

Gegen die Wahl des Grafen Nolte in Ottenberg-Pinneberg haben unsere dortigen Parteigenossen Protest eingelegt. Es sind Wahlunregelmäßigkeiten ungeheurer Art vorgekommen.

Weitere Wahlproteste werden erhoben in Stuttgart gegen Sigle R. in Saargemünd gegen Colbus J. in Dortmund gegen Möller H.

Die Straßburger Parteigenossen haben an die Genossen des 1. Hamburger Wahlkreises das schriftliche Ersuchen gerichtet, zu ihren Gunsten auf die Vertretung durch Webel zu verzichten, damit dieser das dortige Mandat annehmen kann. Webel wird die Entscheidung den Hamburger Genossen überlassen. Hätten die Straßburger Genossen die Parteitagbeschlüsse betrachtet, welche Doppelkandidaturen negiren, so wären sie und die Partei der Unannehmlichkeiten der Doppelwahl überhoben geblieben. Parteibeschlüsse werden doch nicht aus Ull gefaßt! —

Zur Wahl des „liberalen“ „Kanonikus“ Krupp in Essen bringt die „Germania“ einen Bericht über die vor der Stichwahl zwischen Krupp und Stödel stattgehabte sozialdemokratische Wählerversammlung, in der über die Stellungnahme unserer Partei zu der Stichwahl berathen worden ist. Danach äußerte der Vorsitzende der Versammlung, daß „es unmöglich sei, für das Centrum zu stimmen, ebenso unmöglich aber auch, dem Großindustriellen Krupp die Stimme zu geben, Stimmeneuthaltung sei also die Parole für die Sozialdemokraten. Mit dieser Ansicht stimmten jedoch mehrere der Genossen nicht überein. Die Herren Germer und Hahnfeld geben zu, daß man das Prinzip der Partei vertrete, wenn man sich der Stimme enthalte, in Essen seien aber die Verhältnisse ganz eigenartige, so daß sie zu dem Entschlusse gekommen seien, für Krupp zu stimmen. Eine Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sei die Bekämpfung des Kapitalismus. In Essen wohne nun der größte Kapitalist Deutschlands, zwischen ihm und der Sozialdemokratie stehe aber das Centrum, falls dieses, so habe man freie Hand in der Bekämpfung Krupps. Der Centrumsthum solle und müsse darum in Essen fallen. Den Abgeordneten Webel und Liebknecht würden die Genossen sicher eine sehr große Freude bereiten, wenn der größte Arbeitgeber, Krupp, in den Reichstag gelangte. Herr Krupp würde dort das zu hören bekommen, was er hier nicht erfahre; Tausende seiner Arbeiter seien Sozialdemokraten und diese würden für Material sorgen, welches dem Herrn Krupp unter die Nase gehalten werde. Aber auch in anderer Hinsicht stehe Herr Krupp der Sozialdemokratie näher. Herr Krupp sei der Kandidat der Liberalen, der Liberalismus aber sei, das sei gar nicht zu bestreiten, der Nährvater der Sozialdemokratie, während das Centrum die erbitterteste Feindin derselben sei. Wechsele der Liberalen der Noth, so sei er ein Sozialist, und wenn der Liberalismus berechtigt sei, so sei auch der Sozialismus berechtigt. Mit dem Sturze des Centrumsthurmes würde sich daher die Sozialdemokratie nur selbst nähern.“

Die Versammlung beschloß Stimmeneuthaltung. Nach der „Germania“ hat aber ein Theil unserer Parteigenossen für Krupp gestimmt. Wenn das der Fall ist, so beweist es nur, daß der einzige Arbeiter in der bisherigen Centrumsfaktion, Herr Stödel, sich das Vertrauen des Arbeiters schlechtweg nicht erworben hat, denn wenn er die Arbeiterinteressen so vertreten hätte, wie man es billigerweise auch von einem ultramontanen Arbeiter verlangen darf, so würde keiner unserer Anhänger für Krupp gestimmt haben.

Die österreichische Post und das arbeitende Volk. Die Budapester „Arbeiterpresse“ schreibt: „Unser Telegramm, das wir am 15. am Tage der deutschen Reichstagswahlen, nach Berlin aufgaben, wurde von der österreichischen Grenze mit dem Vermerk zurückgeschickt, daß es wegen seines Inhaltes nach § 7 des internationalen Uebereinkommens u. nicht weiter befördert werde. In unseren Blättern ist es erschienen und man merkt bei uns wirklich noch nichts von gefährlichen Folgen. Oder steht der ungarische Staat auf festeren Füßen, als der österreichische?“

Todtenliste der Partei. Gestorben in Hannover: Linden der Parteigenosse Ernst Kudras, 38 Jahre alt.

Polizeiliches, Gerichtliches u. — In der Druckerei des „Vorwärts“ in Halle a. S. suchte die Polizei nach dem Manuskript des Flugblatts „An die Bergarbeiter u. im Mansfelder Kreise“. Natürlich erfolglos.

Tokales.

„Die konservative Partei ohne Stöcker, das ist eine Edeltanne, der böse Bube den Mitteltrieb abgebrochen haben.“ So jammert das Stöcker'sche „Volk“. „Lug und Trug, Geld und Gewalt“ haben dem nationalliberalen Gegenkandidaten zum Siege verholfen. „Vollzählig“ seien diesem zu Hilfe gekommen die Böckel'schen Rassen-Antisemiten, die Lieber'schen Centrumsdemokraten, die Richter'schen Wassertriefel-Freimüthigen, die alttheilischen Zukunftssozialen. Und mit welchen Ehrenmitteln überschüttet Herr Stöcker erst seinen siegreichen Gegner! „Dieser judenfreundliche, kulturkämpferische, schutzöllnerische, großkapitalistische Nationalliberal eintüchtig gewöhlt von Judenfeinden, Katholiken, Freihändlern und Proletariern.“ Armer Stöcker! Du magst Dich winden und wüthen, wie die vergiftete Klatte im Kellerne, es wird nichts Dein Lobenzulihen:
Lufft bist Du, auf's bleibst Du,
Weiß Babylon, ihr groben Chaibi!

3. Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß am Montag, den 10. Juli in der Neuen Welt, Hasenheide, ein Sommerfest stattfindet. Die Billets gelangen diese Woche zur Ausgabe.

Die Arbeiterbildungsschule ertheilt ihren Unterricht in Nationalökonomie fest Sonntags von 8—10 Uhr in den Räumen des Restaurants Schöning, Stallschreiberstr. 29. Soeben beginnt ein neuer Kursus über Kredit, Bank-, Transport- und Börsenwesen, worauf wir die Genossen ganz besonders aufmerksam machen.

Aus dem Wahlkreise Potsdam-Spandau-Osthavelland, wo Genosse Bernau mit dem konservativen Prediger Schall in die Stichwahl kam, dürften die Resultate in den größeren Orten besonders interessant sein. In Potsdam erhielt Bernau 3578, Schall 3934, in Spandau Bernau 3779, Schall 4082, in Nauen Bernau 500, Schall 686, in Velten Bernau 880, Schall 943, in Rehnitz Bernau 572, Schall 247 Stimmen.

Die Wahlfonds-Liste 814, gezeichnet mit 3,50 M., ist am Sonnabend verloren gegangen. Man bittet, sie beim Restaurateur Siegle, Schwedterstr. 88, abzugeben.

Ein schneidiger Ordnungsparteier. Ein hiesiger Geschäftsmann erhielt aus Potsdam datirt den 20. Juni eine Postkarte folgenden Inhalts:

Hierdurch bitte ich Sie dringend, mir nie wieder Ihren heutigen Feindsen zu schicken. Vertritt derselbe nochmal meinen Namen, mache ich von meinem Handrecht Gebrauch, denn ich mache keine Gemeinschaft mit Jemandem, der sich drückt, Sozialdemokrat zu sein."

Gegen Julius Stettenheim, den Herausgeber der „Berl. Welpen“, ist ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Es handelt sich um einen in den „Welpen“ im Monat März erschienenen satirischen Artikel, der, anknüpfend an den Wunsch der Ungarn, daß ihr Staatsoberhaupt sich abwechselnd in Ungarn und in Oesterreich aufhalten möge, sich über die Reisen von Monarchen in humoristischer Weise ausläßt.

Verloren ist ein Mitgliedsbuch des 6. Berliner Wahlkreises, auf den Namen Paul Schirmer, in welchem zwei Quittungen von Sammellisten zur Reichstagswahl und die Liste Nr. 1407, auf die schon 14 M. bei einer gemächlichen Zusammenkunft gesammelt sind, sich befinden. Es wird gebeten, sie abzugeben bei H. Zauschel, Gastwirth, Grenzstr. 4, oder in der Expedition des „Vorwärts“.

Am vorletzten Sonntag kletterte, wie bereits gemeldet, bei plötzlich eingetretener Wirbelwind gegen Abend auf dem Mägdelee bei Friedrichshagen ein Ruderboot, wobei die sechs Insassen, darunter drei Brüder, ins Wasser fielen und mit knapper Noth, bis auf einen der Verunglückten, gerettet wurden. Der Ertrunkene ist, wie wir jetzt erfahren, ein 23jähriger Kaufmann aus Berlin, der demnächst seine Hochzeit feiern wollte. Die Leiche des jungen Mannes ist am Montag Morgen in der Gegend vom Forsthaus Bienecke ans Land geschwemmt und im Laufe des Tages von den sofort benachrichtigten Hinterbliebenen nach Berlin überführt worden.

Entscheidlich verstimmt in die königliche Klinik in der Siegelstraße eingeliefert wurde gestern Montag Nachmittag der 50jährige Schiffer Hahn aus Freienwalde. Derselbe war beim Stalen seines Fahrzeuges auf der Ober- und unteren benannten Stadt mit der rechten Hand zwischen die Rahnwand und einen im Wasser stehenden Pfahl gerathen, wobei ihm die Knochen dieses Gliedes völlig zerschmettert und der Mittelfinger abgerissen wurde. Trotz der entsetzlichen Verletzung suchte H. in Freienwalde ärztliche Hilfe nicht auf, sondern fuhr mit der Bahn nach hier, wo er in besorgniserregendem Zustande anlangte und, da er furchtbare Schmerzen erduldet, auf der Sanitätswache in der Eichendorffstraße Nothverband erhielt. Von da aus wurde H. nach dem oben erwähnten Krankenhaus geschafft, woselbst die rechte Hand wird amputirt werden müssen.

Von einem Omnibus überfahren wurde am Montag Mittag gegen 1 Uhr das 4jährige Lächterchen des zum Hause Friedrichstr. 78 gehörigen Portiers. Das Kind, dem die Räder des schweren Wagens die Beine förmlich zermalmeten, dürfte den erhaltenen schweren Verletzungen bereits erliegen sein.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am Sonntag Abend auf Station Neuhof der Dresdener Bahn ereignet. Der Schneidermeister Runge aus Baruth war Geschäftshalber am Nachmittag nach Posen gefahren und war auch in Neuhof angekommen, um einiges zu besorgen. Es war schon spät, und er mußte eilen, wenn er den um 1/10 Uhr von Berlin abgefahrenen Zug noch erreichen wollte. In der Hast wählte er den Weg über das Geleise, um zur Villenstraße zu gelangen. Er stolperte dabei und gerieth unter den herandrängenden Zug, der ihm beide Füße abfuhr. Runge wurde sofort nach dem Baruther Krankenhaus transportirt, woselbst eine Amputation beider Beine unterhalb des Knies vorgenommen wurde. Am Montag Vormittag ist der Kernste in dem seinen Leiden erlegen.

Die Hebeamme Louise Rhode, Besselfstr. 64, Moabit, erkrankt mit miltärischen, daß sie nicht identisch ist mit der Hebeamme Rhode, gegen welche die in Nr. 148 berichtete Verhandlung vor der Strafkammer stattfand.

Bei dem Restaurateur R. in der Königsbergerstraße wurde fortlaufend die Wadenkassette bestohlen. Durch Anbringen eines elektrischen Anterwerks an dieselbe gelang es dem Dieb in der Person eines Glasermeisters K. in flagranti zu ertappen.

Einen neuen Trick haben Taschendiebe erfunden. Der in der Kettelbedstraße zu Charlottenburg wohnende Baumeister F. hatte vor einigen Tagen zur Abendzeit ein Wirthshaus in der Augsburgerstraße aufgesucht und trat erst nach 1 Uhr den Heimweg an. In der Kettelbedstraße näherte sich ihm eine anständig aussehende Frau mit der Bitte, ihr den nach Schöneberg führenden Weg genau beschreiben zu wollen. F. kam dem Ansuchen nach. Da plötzlich fiel ihm die Frauensperson um den Hals und überhäufte ihn mit Dankesworten. Ehe sich noch der verblüffte Baumeister von der unerwarteten Wendung der Angelegenheit erholt hatte, stand ein baumlanges Stiel neben ihm, der ihm die drohenden Worte zurief: „Wie können Sie es wagen, meine Frau auf der Straße zu umarmen?! Während sich dies abspielte, war das Weib, das Furcht vor dem vorgeblichen Wanne heuchelte, kreischend entflohen, und der Ehemann setzte ihr eiligst nach. Der Baumeister mußte nicht, wie ihm geschahen war und blieb einen Augenblick wie angewurzelt stehen. Als er dabei zufällig in seine Tasche griff, bemerkte er das Fehlen seiner Börse mit 152 M. Inhalt. Nun erst wurde ihm klar, daß die Frauensperson die Umarmung in's Werk gesetzt hatte, um einen günstigen Augenblick zur Ausführung eines Taschendiebstahls zu erlangen, und daß der Kerl durch sein verabredetes Dazwischentreten die rechtzeitige Flucht ermöglicht hatte. Beide Personen sind bis jetzt nicht zu ermitteln gewesen, zumal da F. eine genaue Personalbeschreibung der nächtlichen Dunkelheit wegen nicht liefern kann.

Nach Unterschlagung von 23 000 Rubel ist ein gewisser Abram Wisniewitzky aus Odessa flüchtig geworden. Die Hamburger Polizei hält es nicht für unmöglich, daß er sich bereits am 16. d. Mts. in Hamburg aufgehalten hat. Auf seine Verhaftung hat die Firma F. Wahn u. Co. in Hamburg im Auftrage der Firma Louis Dreyfus u. Co. in Odessa eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Der Durchgänger ist mittelgroß und dick, etwa 40 Jahre alt, sieht aber älter aus, weil er ganz ergraut ist, hat kurzgeschorenen Bart, ziemlich kleine fette Hände, eine Stumpfnose, spricht schlecht deutsch mit jüdischer Betonung, sieht aber nicht jüdisch aus.

Von dem kaiserlichen Bundesamt für das Heimathwesen zu Berlin wurde am 24. d. M. ein Prozeß beendet, der von allgemeinem Interesse sein dürfte. Im Jahre 1891 wurde, wie wir der „Volks-Zeitung“ entnehmen, in dem russischen Theil von Polen die Nachricht verbreitet, daß in Brasilien das Königreich Polen neu errichtet werden solle! Auch befürwortete der Bremer Lloyd sämtliche Polen frei nach Amerika! Ueber 1100 Polen überschritten bei Nacht und Nebel die deutsche

Grenze und fuhren von Posen nach Bremen, um von dort nach der neuen Heimath zu gelangen. In Bremen war man über die Ankunft der polnischen Auswanderer keineswegs erfreut. Der Lloyd lehnte es ab, die mittellose Gesellschaft nach der neuen Welt zu befördern; viel freundlicher zeigte sich die Bremer Polizei gegen die enttäuschten Polen. Man redete den Auswanderern vor, sie sollten mit der Eisenbahn nach Brasilien gebracht werden und beförderte sie nach Berlin. Hier mußte ein großer Theil der Auswanderer gegen 3 Monate im sächsischen Odbach verpflegt werden, da Rußland wenig Eifer zeigte, die Leute wiederzunehmen. Bekannt dürfte noch der Aufruhr sein, den die Polen hier verurteilten. Durch die Verpflegung dieser Gäste waren Berlin gegen 15 000 M. Kosten entstanden, welche nun Berlin von Bremen verlangte, da letztere Stadt entgegen den Bestimmungen des Gesetzes über den Unterhaltungswohnort vom 6. Juni 1870 die Hilfsbedürftigen eigenmächtig abgeschoben habe. Bremen erklärte sich aber für nicht schuldig, da nicht die Armenbehörde, sondern die Polizei die Auswanderer weiterbefördert habe, auch seien letztere nicht Hilfsbedürftig gewesen. Wenn Berlin die Stiefeln der Polen revidirt hätte, so würde man dort Geld in Menge gefunden haben. Berlin bestritt diese Behauptung und verklagte Bremen bei der Bremischen Senatskommission. Dasselbe verurtheilte auch Bremen nach dem Klagenantrag. Hiergegen legte Bremen Berufung beim Bundesamt ein und beantragte, die Vorentscheidung aufzuheben und Berlin mit seinen Ansprüchen abzuweisen. Das Bundesamt bestätigte jedoch die Vorentscheidung als zutreffend. Die Hilfsbedürftigkeit der Auswanderer wurde als zweifellos erwiesen erachtet, auch war es für den Gerichtshof nicht zweifelhaft, daß die Polizei mit Wissen und Willen der Stadt Bremen die Auswanderer nach Berlin abgeschoben habe.

Der Erweiterungsbau des Land- und Amtsgerichts II am Galleischen Ufer dürfte in diesem Sommer noch begonnen werden. Es handelt sich dabei um eine Weiterführung der Gebäude nach der Möderrstraße, wozu der dem Fiskus gehörige Holzplatz 128 bis 130 außersehen ist.

Polizeibericht. Am 26. d. M. Vormittags sägte ein Dachdecker beim Abräumen eines Leitergeräths vor dem Hause Jahnsstraße 8 aus der Höhe des dritten Stockes auf den Bürgersteig hinab und starb auf der Stelle. — In der Nähe der Stadtbahn-Überführung am Kupfergraben fiel ein bei der Herstellung der Ufermauer beschäftigter Arbeiter von einer Böschung etwa zwei Meter hoch herab und erlitt anscheinend innere Verletzungen, so daß er nach der Universitätsklinik gebracht werden mußte. — In seiner Wohnung, in der Lüneburgerstraße, wurde ein Kleiner und Abend in der Wohnung seiner Eltern, in der Landsberger Allee, ein 15 Jahre alter Schüler erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause Lüneburgerstr. 6 gerieth ein dreijähriger Knabe unter die Räder eines Kollwagens und erlitt außer einer Quetschung der Hand anscheinend bedeutende innere Verletzungen, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Noadit erforderlich wurde. — Nachmittags wurde vor dem Hause Friedrichstr. 78 ein vierjähriges Mädchen durch einen Omnibus überfahren und am Arm schwer verletzt. Es wurde nach der Charité gebracht. — Aus dem Fenster der im zweiten Stocke des Hauses Stralingerstr. 11 belegenen Wohnung fiel ein etwa ein Pfund schwerer Stein auf den Hof hinab und traf einen dort spielenden siebenjährigen Knaben. Derselbe erlitt eine schwere Verletzung am Kopfe und mußte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. — In der Weststr. 21 fand ein Garbinenbrand statt.

Gerichts-Beilage.

Der bekannte Prozeß gegen den Direktor Alshwardt wegen Beleidigung der Gesamtheit der preussischen Beamten, insbesondere auch der Behörden und Beamten des Justizressorts, beschäftigte nach mehrmaliger Vertagung heute abermals die zweite Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Brausewetter, die Anklage vertritt Staatsanwalt Fickel, die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Dr. Hertwig. Es handelt sich, wie nochmals hier erwähnt sein mag, um eine Rede über „Unsere Justiz“, welche der Angeklagte am 29. Oktober 1891 im antisemitischen Verein zu Essen gehalten hat. Er soll darin u. A. gesagt haben: Der Beamtenstand sei durch die Juden korrumpirt, viele höchste Staatsbeamte seien verschuldet, es sei vielach an dem, daß je höher der Beamte stehe, er desto verflämpter sei. Die Beamten seien zu 60 pCt. verschuldet, die Offiziere zu 70 bis 80 pCt. Die Wände müsse die Justiz vor den Augen halten, wenn es sich um hoch stehende Leute handele, der reiche Jude könne Verbrechen begehen, ohne daß die Justiz ihn finde, der arme Bäderjunge dagegen, der werde sofort gefaßt. Vor Gericht gelte das große germanische Volk als Last, es sei vollständig entmündigt; wolle der Germane vor Gericht sein Recht suchen, dann müsse er sich einen Vormund annehmen und solle wieder den Juden in die Hände, denn 4/5 aller Rechtsanwölter seien Juden. Es herrsche in unserer Justiz Zustände, welche man sich nicht länger gefallen lassen dürfe. Trete ein Mann dagegen auf, so laufe er Gefahr, ins Irrenhaus gesperrt zu werden u. c. — Auf Grund des Urtheils, welchen der Polizeikommissar Gauß über die Verammlung angefertigt, sind vom Staatsministerium u. vom Justizminister Dr. von Schelling Strafanträge gestellt worden. In dem letzten Termin hatte der Gerichtshof beschlossen, den Polizeikommissar Gauß und eine Reihe von Zeugen, welche seinerzeit der Essener Versammlung beigewohnt, persönlich vorzuladen, und dieselben sind auch zur Stelle. Gegen den Polizeikommissar Gauß hatte der Angeklagte im vorigen Termin auf Grund der ihm gewordenen Mittheilungen die Behauptung aufgestellt, daß derselbe insofern Dienstwidrigkeiten vom Amte suspendirt worden sei. — Der Angeklagte bestritt auch diesmal, die Absicht oder das Bewußtsein einer Beleidigung gehabt zu haben. Der Bericht des Polizeikommissars sei nicht zutreffend. Er habe keineswegs allgemein den Beamtenstand als korrumpirt bezeichnet wollen, sondern habe seine Betrachtungen nur an Spezialfälle angeknüpft und einzelne Namen genannt, bei denen nach seiner Meinung der unheimliche Einfluß des Judenthums sich besonders bemerkbar gemacht habe. Er habe beispielsweise die Namen Bleichröder, v. Friedberg und v. Madai und Hoppe genannt. Im Uebrigen sei die Grundtendenz seines Vortrages dahin gegangen, den Absoletanzwang zu heheln, da sich die Juden derselben wieder bemächtigt haben. — Polizeikommissar Gauß, als Zeuge vernommen, hält den Inhalt seines Berichtes aufrecht. Er habe nicht stenographirt, aber die Kraftstellen möglichst wortgetreu aufgeschrieben. Er habe erst einen längeren, dann aber auf Anordnung seiner vorgesetzten Behörde einen ausführlichen Bericht geliefert und bei letzterem allerdings auch die ausführlichen Zeitungsberichte zur Hand gehabt. Falls sei die Behauptung des Angeklagten, daß er in seinem Bericht Stellen aus dem Buche des Angeklagten „Der Eid eines Juden“ mit benutzt habe. Er habe sich dieses Buch nur gekauft, weil Alshwardt daraus verschiedene Stellen vorgelesen habe. Zu den Behauptungen des Angeklagten über seine Person erklärt der Zeuge, daß er krankheitshalber einige Zeit lang beurlaubt und zur Stärkung seiner Nerven in einer Kaltwasser-Heilanstalt war. Von irgend welcher Störung seiner geistigen Funktionen sei keine Rede. — Der Angeklagte bleibt dem gegenüber dabei, daß der Bericht seinen Gedankengang nicht richtig wiedergebe. — Zeuge Realgymnasiallehrer Jansen, welcher erklärt, daß er durchaus kein Gegner des Angeklagten sei, schließt sich im Allgemeinen den tatsächlichen Mittheilungen des Vorgesetzten an. Er bestimme sich bestimmt, daß der Angeklagte in seiner Einleitung gesagt habe, der gesammte Beamtenstand sei durch die Juden korrumpirt. Der Angeklagte habe diese allgemeine Behauptung dann noch

spezialisirt und durch eine große Reihe von Einzelheiten zu beweisen gesucht. Er habe ferner gesagt: je höher der Beamte stehe, desto mehr sei er der Beschuldigung der Juden ausgeföhrt, desto weniger sei er oft seiner Stellung würdig. Ihm sei es so vorgekommen, als habe der Angeklagte eingesehen, daß er doch zu weit gegangen sei und habe seine vorhergehenden Anschuldigungen dadurch abzumildern gesucht, daß er später betont, er wolle als guter Konservativer und patriotischer Mann den Beamtenstand im Allgemeinen nicht angegreifen. Einzelne Anschuldigungen des Angeklagten gegen die Beamten seien allgemein gehalten gewesen. Ueber die Tendenz des ganzen Vortrages möchte er kein Urtheil abgeben. Er gestehe, daß er und viele andere das Gefühl einer großen intellektuellen oder moralischen Belastung gehabt haben; insofern der Fälle der vom Redner beigebrachten Einzelheiten habe man sich über die Gesamttendenz des Vortrages nicht gleich klar werden können. — Buchhändler Weyerz aus Essen, Mitglied der deutsch-sozialen Partei, giebt einzelne der behaupteten Ausdrücke zu, bestreitet andere und erklärt, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, als habe der Angeklagte das gesammte Beamtenhum im Allgemeinen angegriffen wollen. Nach seiner Meinung habe der Angeklagte speziell an dem Bleichröder'schen Falle die Korruption der Justizbehörden resp. der Personen, welche mit jenem Falle zu thun gehabt haben, zeigen wollen. — Präsi.: Haben Sie nicht den Eindruck gehabt, daß der Angeklagte den Beamtenstand herabwürdigend hat? — Zeuge: Nein, er wollte nur den verderblichen Einfluß des Judenthums auf das Beamtenhum schildern. — Präsi.: Nun, Herr Zeuge, wenn auch nur das wahr sein sollte, was Sie, als vom Angeklagten gesprochen, angeben, so müßten doch das schon ganz niederträchtige, verworfene Beamte sein, denen so etwas nachzusagen ist. Mindestens dürften doch die sechzig pCt. Beamten, die der Angeklagte als durch die Juden korrumpirt darstellt, in ihrer Ehre gekränkt worden sein. — Zeuge: Von den 60 pCt. hat der Angeklagte allerdings gesprochen. — Präsi.: Sind nicht bei dieser Stelle einige Oho-Kate aus der Mitte der Versammlung erkungen? — Zeuge: Das ist richtig. — Präsi.: Sie scheinen an dem Ausgange dieses Prozeßes ein lebhaftes Interesse zu haben. Sie haben brieflich dem Angeklagten mitgetheilt, daß der Polizeikommissar Gauß dem Trunke ergeben sei. Wie kommen Sie zu dieser ungeheuerlichen Anschuldigung, einem alten Beamten gegenüber? Soviel ich weiß, ist dieserhalb auch schon Anklage erhoben worden. Ich frage Sie auf Ihren Eid: Haben Sie Herrn Gauß jemals betrunken gesehen? — Zeuge: Ich nicht, aber andere Leute haben mir davon Mittheilung gemacht. — Zeuge Gauß: Ich wäre sehr dankbar, wenn mir der Zeuge diese anderen Personen nennen wollte. — Präsi.: Ja, Herr Zeuge, man spricht doch solche Klatschereien nicht nach, wenn man sich nicht von der Wahrheit überzeugt hat. — Zeuge: Ich habe den Brief ja gar nicht an Alshwardt zu dem Zwecke geschrieben, daß er davon in öffentlicher Sitzung Gebrauch machen sollte. — Präsi.: Es ist doch sehr durchsichtig, daß die Glaubwürdigkeit des Zeugen durch solche unbedenkenhafte Behauptung verdächtigt werden sollte. Das kennzeichnet den Mann, der so etwas schreibt. — Die nächsten Zeugen Ober-Postassistent Linger und Postsekretär Dietrichs können sich auf einzelne Ausdrücke des Angeklagten nicht mehr besinnen, können aber auch die Richtigkeit der von Gauß behaupteten Ausdrücke nicht bestreiten. Den Ausdruck, daß die Korruption nun auch schon in den Beamtenstand eingedrungen sei, haben beide Zeugen gehört, sie glauben aber nicht, daß Alshwardt den Beamtenstand in seiner Gesamtheit habe beleidigen wollen. Sie selbst haben sich nicht beleidigt geföhlt. — Gerichtspräsident, welcher als zweiter überwachender Beamter der Versammlung beigezogen, kann sich auch nur unbestimmt auf einzelne Ausdrücke besinnen. Nach seiner Meinung sollten mehr die Juden, als die Beamten getroffen werden. Der Zeuge hat gesehen, daß sich Kriminalkommissarius Gauß etwa zwei Seiten voll Notizen gemacht und namentlich dann notirt habe, wenn der Name Bleichröder z. sel. — Kaufmann Wähler kann sich auch auf Einzelheiten des Vortrages nicht erinnern, hat aber im allgemeinen nicht den Eindruck gehabt, daß der Angeklagte das Beamtenhum im allgemeinen beleidigt habe. Von einer Korruption, die in das Beamtenhum eingedrungen sei, habe der Angeklagte allerdings gesprochen. — Auf denselben Standpunkt stellt sich Rechtsanwalt Karzsch aus Essen. Dieser kann sich auf Einzelheiten gar nicht mehr besinnen, der Gesamteindruck, den der Vortrag auf ihn gemacht, stimmt mit dem des Vordröners überein. — Stenograph Weilhäusen hat nur den unwesentlichen Anfang der Rede stenographirt. Er erinnert sich, daß die Ausführungen bezüglich der Korruption des Beamtenhums ähnlich so lauteten, wie in dem Bericht des Beamten angegeben worden. Der Angeklagte habe seines Erinnerns geföhlt, daß ein großer Theil des Beamtenstandes durch die Judenthüm korrumpirt sei. — Privatsekretär Heiböhchel hat den Eindruck gehabt, als ob der Angeklagte seine Angriffe gegen die Justiz nur an den Bleichröder'schen Fall geknüpft habe. Es schien ihm allerdings so, als ob der Angeklagte der Meinung Ausdruck verleihen wollte, daß Bleichröder wegen des Meinedes, den er geleistet haben sollte, nur deshalb nicht verfolgt worden sei, weil er ein reicher Jude sei. — Auf Antrag des Angeklagten und seines Vertheidigers wird die von dem Oberbürgermeister von Essen erforderte amtliche Auskunft über den Kommissar Gauß verlesen. Derselbe geht dahin, daß der Beamte, dem von seiner früheren Dienstbehörde in Magdeburg ein gutes Zeugniß gegeben worden war, sich in Essen als ein fähiger und zuverlässiger Polizeibeamter erwiesen habe. Während der ganzen Zeit seiner Amtsthatigkeit habe er niemals gezeigt, daß er dem Trunke ergeben sei. Durch die vielen Angriffe, welche die antisemitische Presse gegen ihn geschleudert, habe sich bei ihm eine nervöse Erregbarkeit und Reizbarkeit herausgebildet, zu deren Ueberwindung ihm zweimal ein vierwöchiger Urlaub gewährt worden sei, welchen Gauß zum Besuche einer Kaltwasserheilanstalt anscheinend mit Erfolg benutzt habe. Wegen der Angriffe der antisemitischen Presse gegen ihn seien Strafanträge gestellt worden. — Damit ist die Beweiserhebung beendet. — Staatsanwalt Fickel hält die Anklage für voll erwiesen. Der Angeklagte habe die Methode verfolgt, zunächst den Wortlaut seiner Aeußerungen zu bestritten und habe sich ganz allmählig auf mehrere Zeugen berufen. Als dann der Wortlaut ziemlich sicher festgestellt worden, sei er mit der Behauptung hervorgetreten, daß er die Worte in einem anderen Sinne gebraucht habe und habe sich wieder auf Zeugen berufen. Es sei ihm dadurch gelungen, eine Vermeidung dieses Prozeßes längere Zeit zu vereiteln. Nach der Beweisaufnahme stehe fest, daß der Angeklagte gegen den Beamtenstand schwere Vorwürfe erhoben habe. Speziell die Vorwürfe gegen die Justizbeamten seien die denkbar schwersten. Als diese Angriffe seien durchaus unbegründet und gütlich beleidigend. Es handle sich hier um eine Persönlichkeit, die bereits zweimal wegen Beleidigung verurteilt sei und notorisch mit beleidigenden Angriffen gegen alle möglichen Menschen vorgehe, wenn er meint, daß es in seinem parteipolitischen Interesse liege, dem in dieser Beziehung nichts heilig sei, der nicht zu seiner Ehre schwöre. Der Staatsanwalt beantragt sechs Monate Gefängnis und Publikationsverbot für den Vorgesetzten des Staatsministeriums und den Justizminister. — Rechtsanwalt Hertwig beantragt die Freisprechung des Angeklagten. Selbst wenn das wahr wäre, was der Kommissar Gauß behauptet, so hätte der Angeklagte doch nichts gethan, als das durch Art. 27 der Verfassung jedermann gewährte Recht der freien Kritik zu handhaben. Beleidigungen liegen in dieser Kritik unserer bestehenden Zustände nicht; die Thatsache, daß unter den Beamten, wie unter den Offizieren, namentlich der Kavallerie, eine erschreckliche Verschuldung bestehe, lasse sich doch nicht bestreiten, die Keuschungen über die Justiz seien theils eine populäre, theils eine Anwaltszwangs, theils eine Umschreibung

des alten Sages, daß man die Kleinen Diebe hänge und die großen laufen lasse. Jedemfalls stehe dem Angeklagten der volle Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite. — Staatsanwalt Fickel bestreitet leicheres und behauptet auch, daß es dem Angeklagten nicht gelingen werde, zu beweisen, daß 60 pCt. aller Beamten verschuldet seien. Durch diese Behauptung schon beleidigt er den Beamtenstand. — Der Angeklagte bestreitet zum Schluß nochmals in längerer Ausführung, daß er die Tendenz gehabt habe, den Beamtenstand zu beleidigen. Er habe lediglich zeigen wollen, wie der forumpirende Einfluß des Judenthums in alle Stände eindringe, selbst in den Beamtenstand.

Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnis. Das Urteil wurde von dem Vorsitzenden kurz wie folgt begründet: Nach der Beweisaufnahme könne kein Zweifel darüber sein, daß der Angeklagte in seiner Offener Rede Beleidigungen gegen den Beamtenstand ausgesprochen habe. Zu derartigen beschimpfenden Äußerungen einem großen ehrenwerten Stande gegenüber habe nicht die geringste Veranlassung vorgelegen. An und für sich habe der Gerichtshof dem Angeklagten den Schutz des § 193 zugebilligt, die Schutzzrenzen seien aber überschritten. Der § 193 könne kein Privilegium der Verleumdungen und Verunglimpfungen darstellen. Die Verunglimpfung des Verdächtigen auf Artikel 27 der Verfassung sei verfehlt. Gemäß habe auch der Angeklagte das Recht der freien Meinungsäußerung; ein gebildeter Mensch müsse es aber verstehen, seine Meinung zu äußern ohne zu beleidigen. Der Gerichtshof habe keinen Zweifel gehabt, daß der Angeklagte, der seine ursprünglich gegen die Semiten gerichteten Angriffe auf weitere Schichten zu übertragen liebe und dem es gar nicht darauf ankomme, die Beamten in schmächtlicher Weise der Korruption bezichtigt habe. Er habe auch die Absicht der Beleidigung gehabt. Mit Rücksicht darauf, daß der ganze Beamtenstand auf's schmächtigste verdächtigt und verleumdet worden, habe der Gerichtshof, wie gefordert, erkannt. Dem Präsidenten des Staatsministeriums und dem Justizminister wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Ein partieller Streik bei der Firma des Schuhwaarenfabrikanten Mauff hier selbst hatte heute ein Nachspiel vor der Strafkammer. Am 19. November v. J. legten bei Mauff 27 Schuhmacher die Arbeit nieder, weil eine vier Wochen zuvor gemachte Fajlage von 5 Pf. für Filzputzstoffe nicht mehr ausgereicht wurde. Einige Schuhmacher arbeiteten weiter, auch wurden bald neue eingestellt. Von drei der Streikenden, nämlich den Schuhmachern Koch, Gerlach und Schwarz, behauptet nun die vom Unternehmer veranlaßte Anklage, daß sie die arbeitenden Kollegen nicht bloß zum Anschluß an den Streik zu überreden versucht, sondern sie auch durch Drohungen und Schreckensreden dazu zu bestimmen versucht hätten. Vergehen gegen die §§ 155 und 152 der Gewerbe-Ordnung und § 240 des Strafgesetzbuches. In der Beweisaufnahme wurde heute auch festgestellt, daß die Angeklagten Schimpfworte u. gegen drei der weiter Arbeitenden gebraucht haben, und zwar jeder der Angeklagten gegen je einen von diesen Dreien; aber daß diese Beleidigungen im Zusammenhang mit der Aufforderung zum Streiken standen hätten, wurde nicht erwiesen. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Freudenthal, machte zudem noch geltend, daß die angelegenen Paragrafen der Gewerbe-Ordnung auch deswegen nicht in Anwendung kommen könnten, weil es sich hier nicht um eine zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohnbedingungen getroffene Vereinbarung der Arbeitseinstellung handelte, sondern um eine solche behufs Erlangung des angemessenen und bereits verdienten Lohnes. Der Staatsanwalt ließ diesem Sachverhalt gegenüber die Anklage fallen und beantragte nur Verurteilung wegen Beleidigung, falls Strafanträge vorlägen. Da jedoch die von den Verletzten gestellten Strafanträge sich nur auf die oben genannten Paragrafen bezogen, und nicht auf Beleidigung, so erfolgte kostenlos Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Eine aus sechs schweren Jungen bestehende Einbrecherbande stand gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagten hatten sich unter der Führung des Schlossers Mertens, eines auf dem Gebiete des Diebstahls erfahrenen Mannes, zusammengethan, um Einbrüche zu begehen. Sie hatten es hauptsächlich auf kaufmännische Kontoren abgesehen, in denen sich Geldkästen befanden und war es besonders der Händlersführer Mertens, dem beim Öffnen der "diebstahlreichen" Behälter seine Geschicklichkeit als Schlosser zu gute kam. Zusammen wurden die Schränke durch starke Brechwerkzeuge und unter Anwendung großer Gewalt gesprengt. Vier solcher Fälle standen zur Anklage. Den Dieben ist in einigen Fällen reiche Beute in die Hände gefallen. Der Gerichtshof verhängte über die sechs Angeklagten nur Zuchthausstrafen, der Schlosser Theodor Mertens wurde zu zehn, der Händelpolier Paul Haack zu fünf, der Schladter Emil Fessel zu sieben, der Zimmermann Wihl. Paruffel zu drei, der Tischler Karl Hensel zu drei Jahren sechs Monaten und der Schlosser Karl Kläge zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Reichsgericht. Leipzig, 26. Juni. (Landesverratsprozess) Heute Vormittag 9 Uhr begann im Schwurgerichtssaale des hiesigen Landgerichts vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat die Verhandlung gegen den Geheimrat Emil Fohrer aus Wiesheim im Elsaß, welcher des Landesverrats beschuldigt ist. Den Vorsitz führt Herr Präsident von Wolff, die Anklage vertritt Herr Reichsanwalt Galt, das Protokoll führt Herr Kanzleirat Köster und die Verteidigung liegt in den Händen des Justizraths Bewald. Noch vor dem Aufruf der Zeugen wurde die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses ausgeschlossen. Erschienen sind 15 Zeugen und Sachverständige, darunter ein höherer Offizier des Generalstabes, sowie der Oberlehrer Bénérand und der Schriftensvergleichler Henze von hier. Die heutige Sitzung war um 3 Uhr Nachmittags zu Ende, nachdem der Angeklagte und sechs Zeugen vernommen worden waren.

Soziale Ueberblick.

Der Streik der Arbeiterinnen in den Seiden- und Baumwollspinnereien zu Bergamo ist nach nur fünfzigtägiger Dauer beendet worden. Die Fabrikanten haben sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung genötigt gesehen, die Forderungen der Arbeiterinnen im wesentlichen zu genehmigen. Der Tagelohn wurde auf 1 Lire festgesetzt und die Arbeitszeit, die bisher in der Regel 15 Stunden betragen hatte, auf 12 Stunden herabgesetzt. An dem Streik haben 5000 Arbeiterinnen teilgenommen.

In Bern sind weitere Unruhen nicht vorgekommen. Gegenüber den tendenziösen Berichten der kapitalistischen Blätter ist von der schweizerischen Arbeiterpresse festgestellt, daß die organisierten Arbeiter sich an den Unruhen nicht beteiligt haben und daß die Behauptung, die Unruhen seien geplant gewesen, zu welchem Zwecke man im vornahm für Tragbahnen re. gefertigt habe, um die Bernerbeten wegzuschaffen zu können, eine außerordentlich freche Verleumdung der organisierten Arbeiter ist. Die Sache verhält sich einfach so, daß sich in der Nähe des Ortes, wo sich die Unruhen ereigneten, ein Lokal befindet, in dem noch Art der in Deutschland üblichen Sanitätswagen Krankenhilfe geleistet wird.

Krankenkassenwesen. Auf Grund des § 76a des Krankenversicherungs-Gesetzes ist der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipfer, Weißbinder und Stuckateure Deutschlands Grundstein zur Einigkeit (G. D.) zu Altona die Bekendmachung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Ueber die Ergebnisse der Untersuchung über Arbeitszeit, Mündigungsfristen und Verhältnisse im Handelsgewerbe bringt der "Schwab. Merkur" bereits nähere Mitteilungen. Nach denselben haben sich bezüglich der Länge der Arbeitszeit zwischen den einzelnen Gegenden Deutschlands große Unterschiede gezeigt. In Süddeutschland dauert die reine Arbeitszeit nur in 3,2 pCt. der Betriebe mehr als 15 Stunden, während sie in Mitteldeutschland (Königreich Sachsen und die acht thüringischen Staaten) 17,1 pCt. beträgt. Im nordwestlichen Deutschland (preussische Provinzen bis ausschließlich Sachsen und Brandenburg) auf 28,8 pCt. steigt und im nordöstlichen Deutschland (Ost-Preußen, Brandenburg mit Berlin, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Anhalt, Mecklenburg) bis auf 36,8 pCt. answächst. Auch nach Ortsklassen, Größenklassen und Arten haben sich Verschiedenheiten gezeigt. Die Landstädte weisen 46 pCt. aller Gehilfen mit Arbeitszeiten über 15 Stunden auf, die Großstädte "nur" 17,3 pCt. In Betrieben mit 20 und mehr Personen wurde keine Arbeitszeit über 15 Stunden nachgewiesen, wohl aber in solchen mit 1 Hilfsperson bei 32,1 pCt. der Fälle; ferner hatten in den Geschäften mit Bekleidungsgegenständen "nur" 2,6 pCt. der Bediensteten und männlichen Gehilfen über 15 Stunden zu thun, dagegen in den Geschäften mit leicht verderbenden Nahrungsmitteln 29,8 pCt., und in den Kolonial- und Materialwaaren-Geschäften gar 55,5 pCt. Weiter ist durch die Untersuchung festgestellt, daß von den männlichen Gehilfen im ganzen Reich 50,2 pCt. weder Kost noch Wohnung beim Prinzipal haben, von den weiblichen 59,3 pCt., von den männlichen Lehrlingen 31,1 pCt., von den weiblichen dagegen 69,3 pCt. Während auch hier die Gebietsgruppen nicht auffallend von einander sich unterscheiden, macht die Loslösung von der Familie des Prinzipals, nach Ortsklassen zusammengestellt, Fortschritte. In den Großstädten haben 76,5 pCt., also über 7/8 aller männlichen Gehilfen, weder Kost noch Wohnung bei ihrem Prinzipal, in Orten unter 2000 Einwohnern dagegen nur 6,3, in Landstädten nur 8,8 pCt. Bei Großbetrieben von 20 Personen und mehr hört das Zusammenwohnen und -Essensessen fast ganz auf (95,9 pCt.). Bei den weiblichen Gehilfen ist dasselbe der Fall. Mit den Lehrlingen und Lehramädchen ist es nicht anders.

Veranstaltungen.

Die Puger (Maurer) hielten am 26. Juni eine öffentliche Versammlung ab, die mächtig besucht war. Der Vertrauensmann Gräschke erstattete die Abrechnung von den Sammelstellen zur Gewerbegerichtswahl, durch die 193,60 M. eingegeben sind. Der Vertrauensmann hat im Uebrigen eine Einnahme gehabt von 599,14 M., wovon er 285,19 M. im Oktober vorhandener Bestand war. Die Ausgabe hat 399,02 M. betragen, so daß ein Bestand von 200,12 M. verblieben ist. Dem Vertrauensmann wurde Decharge erteilt. Von den oben genannten 193,60 M. sind an die Gewerkschaftskommission 50 M. gezahlt worden, und die Ausgaben der Kommission waren damals gedeckt. Mit Rücksicht auf die abzuhaltenden Versammlungen der Meister des Gewerbegerichts bewilligte die Versammlung weitere 30 M. Es wurde dann die Frage erörtert, wie die Mittel aufzubringen seien, welche zur Agitation unter den Unorganisierten nötig sind. Dietrich wies hierbei auf einen Mischplan hin, der sich einzuschleichen beginnt. Derselbe besteht darin, daß einzelne Bauunternehmer mit den Pugern statt der wöchentlichen Einnahme eine rateweise für die verschiedenen Facaden abmachen. Hierdurch sind die Puger genötigt, drei Wochen lang ihre Arbeiter aus eigener Tasche zu bezahlen. Gegen diesen Uebelstand, der auf drei bis vier Stellen besteht, wüßte auf das Entschiedenste Front gemacht werden. Wagner theilte mit, daß er zweimal einen solchen Fall gehabt habe; beide Male sei der Unternehmer ihm Geld schuldig geblieben, das er noch heute nicht habe. Schloßki forderte die Puger auf, auf den Bauten die Interessengemeinschaft mit den Maurern, die sie durch Anschluß an den Verband der Maurer Deutschlands anerkannt, durch illegales Verhalten gegenüber den Maurern zu wahren, damit die Sammlungen von Erfolg seien. Nachdem noch verschiedene Kollegen zu den vorstehend angelegten Punkten das Wort genommen, beschloß die Versammlung, zur Aufbringung der Mittel Marken im Vertrieb zu geben. Die Kollegen wurden ersucht, aus den verschiedenen Stadttheilen sich beim Vertrauensmann zur Uebernahme des Vertrages zu melden. Dietrich führte dann aus, daß beim Leitergerüst, im Gegentage zum Stangengerüst, der Schutz des Publikums vor den beim Klopfen der Facade herabfallenden Stücken nicht hinreichend ist. Auch für das Ausbessern alter Facaden genüge das Leitergerüst nicht. Bei der schweren Arbeit in schwindelender Höhe bestehe Gefahr für den Arbeiter, daß unter ihm das Gerüst breche und er herabfalle. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: "Was lehrt uns das Gewerbegericht?" rief Gräschke den Pugern, ihren Arbeitern, die bei ihnen in Lohn ständen, während die Puger selbst Afford hätten, bei der Einstellung zu sagen, daß Mündigung nicht stattfinde. Mehrere der Anwesenden forderten die Kollegen auf, sich gegen das Puhmeisterystem zu wehren. Zum Punkt "Gewerkschaftliches" forderte H. Schulz die Anwesenden auf, der Gewerkschaftskommission oder ihm, dem Delegierten zu derselben, Material über das Submissionswesen zu übermitteln. Weder erwähnte ferner die Anwesenden, so viel wie möglich für Unterbringung der arbeitslosen Kollegen zu sorgen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verband der vereinigten Dachdecker und Berufs-genossen Deutschlands hielt am 26. Juni in Berlin seine ordentliche Generalversammlung ab. Anwesend waren aus Berlin, Braunschweig, Lüneburg, Frankfurt a. M., München, Essen und Kalbe a. S., im ganzen 16 Delegirte, sowie der Vorsitzende Kadwiz und der Kassirer Niebow vom Zentralvorstand. Die Verhandlungen leitete der Vorsitzende Nachw. Berlin. Die Beriefung des Kassendirektors mußte unterbleiben, da die Bücher als Beweismaterial in der Strafphase wegen Unterschlagungen des Vorsitzenden und Verlegers des Fachorgans Polwitz bei der Staatsanwaltschaft liegen. Die Diskussion ergab, daß mindestens ein Bestand von 600 M. vorhanden sein müßte. Lorenz-Kalbe bemerkte, daß für alle an Polwitz in gesandten Gelder die Abrechnungen fehlen. Burkhart-München machte die Revisionen und den Gesamtvorstand mit verantwortl. für das Defizit; bei genügender Kontrolle hätten die Unregelmäßigkeiten diesen Umfang nicht annehmen können. Der anwesende frühere Kassirer Kaufmann erklärte sich bereit, sämtliches Material freiwillig an den Verband anzuliefern, worauf mit dessen Entgegennahme Niebow v. Berlin und Storch-Frankfurt a. M. beauftragt wurden. Die Beiträge wurden nach längerer Beratung in ihrer jetzigen Höhe (16 Pf. pro Woche) belassen. Der Zentralvorstand, welcher von 5 auf 9 Personen vergrößert werden soll, verbleibt in Berlin. Zum Sitz des Ausschusses wurde München bestimmt. Die Wahl beider Körperschaften überließ die Generalversammlung den betreffenden Filialen. Nach einigen unwesentlichen Statutenänderungen wurde auch die Reise-Unterstützung geregelt und ein Antrag von Lorenz-Kalbe a. S. angenommen, wonach die üblichen 75 pCt. der Einnahmen nicht mehr an die Zentralleitung einzufinden soll, sondern in den Filialen verbleiben, welche der Mitgliederzahl entsprechend dann zu allen Ausgaben des Vorstandes beizutragen haben. Für das Fachorgan "Allgemeine Dachdecker-Zeitung", welches als Eigenthum des Verbandes auch ferner in Berlin erscheint, soll ein anderer Drucker beschafft werden. Zur Deckung der vorhandenen, durch die Untreue des Verlegers entstandenen, Schulden wurde den Mitgliedern eine einmalige Extrorsteuer von 50 Pf. auferlegt. Die Entschädi-

gung des Zentralvorstandes schloß die Generalversammlung auf 2 pCt. der Einnahmen fest. Den Berliner Delegirten bewilligte die Versammlung 1,50 M., denen von außerhalb 8 M. Däten und Fahrgehalt. Ferner beschloß die Generalversammlung, daß neue Statuten vom 1. Juli ab in Kraft treten zu lassen und beauftragte den Zentralvorstand auf Antrag von Lorenz-Kalbe und Gühlig-Lüneburg, so schnell wie möglich die Abrechnung bekannt zu machen. Die Zusammenstellung der Filialen in Bezirke oder Gauen wurde dem Kongreß überlassen und hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Im Anschluß an die Generalversammlung des Zentralverbandes tagte am 27. Juni der Kongreß der Dachdecker und Berufs-genossen Deutschlands zwecks Gründung einer einheitlichen Organisation. Nachdem man den Vormittag hindurch eifrig über den Werth und die Vorzüge der beiden rivalisierenden Organisationen debattirt hatte, wurde der Kongreß gleich nach Eröffnung der Nachmittags-Sitzung resultatlos geschlossen. Im Herbst d. J. soll sich ein zweiter Kongreß mit demselben Problem befaßen, vorher aber will man eine kräftige Agitation entfalten, die eine bessere Beschickung veranlassen und Klarheit über diese Streitfrage schaffen soll.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für die Kreise Mittelschlesien, Zorge und Liebenwerda. Mittwoch, Abends 8 Uhr. Preis 14. Tagesordnung: Die verfallene Reichstagswahl. Theaterverein Kitzau. Mittwoch, Sitzung um 8 Uhr bei Schmied, Kaiserplatz-Graben-Platz 7. Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 28. Juni, Abends 8 Uhr. außerordentliche öffentliche Sitzung im Vereinslokal, Kommandantengarten, Kommandantenstr. 10-11. Tagesordnung: Beschlußfassung wegen der Krenierpartei.

Vermischtes.

Zu bedauerlichen Exzessen kam es in Wannheim am Tage der Stichwahl. Die "Vollstimme" berichtet darüber: Gegen 1/2 Uhr Nachts wollte ein Trupp junger Leute noch in einer Wirthschaft der Schwelinger Vorstadt einkehren, wurde jedoch von der Polizei abgewiesen, weil schon Polizeistunde sei. Als sie nun an der Weinwirthschaft von Lubach vorbeikamen, wo verschiedene Nationalliberale ihren Sieg bei Champagner feierten und es ziemlich laut herging, forderten sie, die Polizei solle auch hier Ruhe gebieten. Da diese der Aufforderung nicht nachkam, entstand ein Wortwechsel, im Verlauf dessen die Schulleute zwei der Hauptstreiter verhaften wollten. Die Menge jedoch widersetzte sich dem und es entstand eine Schlägerei zwischen ihr und der durch einige zehn Mann verstärkte Polizei. Die Schulleute zogen blank und hieben rechts und links unter die Masse, machten auch von ihren Revolvern Gebrauch. Im Ganzen fielen 10 Schuß, doch wurde durch die Kugeln Niemand verletzt. Hingegen ist ein Mann durch einen Schuß über den Kopf schwer verletzt. Mehrere andere trugen leichtere Verwundungen davon. Im Ganzen wurden vierzehn Personen verhaftet. Von verschiedenen Seiten gehen uns Meldungen zu, daß der ganze Radau hauptsächlich durch das "schneidige" Vorgehen der Polizei verursacht worden sei; wir wollen abwarten, in wie weit sich dies bewahrheitet und können für heute nur bedauern, daß der Tag, der sonst im Ganzen ruhig verlief, mit einer solch traurigen Affäre abschloß.

Auch in Straßburg i. E. kam es am Abend des Wahltages zu turbulenten Straßenszenen. Ueber den Charakter derselben sagt die "Kreuz-Zeitung": "Die Värmacher setzten sich meist aus halbwüchsigen Burken zusammen, auch unsere ein-geborene jeunesse dorée war wieder nicht un-betheiligt."

Brand in Schneidemühl. Ein eigenes Verhängniß scheint über der Stadt Schneidemühl zu walten. Kaum ist die Wasser-noth vorüber, so künden die Sturmglocke und das Wächterhorn mit vereinten Kräften den schlaftrunkenen Bewohnern, daß ein neues Uebel, eine Feuerbrunst, in der Stadt wüthet. Die von einer Abtheilung des Thorner Pionier-Bataillons ausgeführten Sprengungsversuche hatten gegen halb 10 Uhr Abends ihr Ende erreicht, als ungefähr zwei Stunden später unweit des Senfungs-gebietes auf den zwischen der Pöfener- und Großen Kirchenstraße am Wilhelmplatz gelegenen Grundstücken des Olfers Wille und der Firma Samelson Söhne in einem Schuppen Feuer entstand, das sich bei der leichten, in Fachwerk ausgeführten Bauart der Gebäude in kurzer Zeit auch auf die umliegenden Stallungen und Kammern ausdehnte, mächtige Feuerfäulen und Qualmwolken in den Nachthimmel emporstiegender, welche letztere sich während eines einsetzenden Gewitterregens erstickend über alle Straßen und Plätze der hübschen Stadt lagerten. In Kürze waren alle Häuser und Hotels wieder lebendig, und Groß und Klein eilte der Brandstätte zu. Glücklicherweise gelang es den ersten Rettern, einige in nächster Nähe des Brandherdes wohnende Familien rechtzeitig zu retten und einige schlafende Kinder vor dem nahen Erstickungstod zu bewahren. Nur ein Kutscher soll, ob durch Brand oder Sturz blieb unermittelt, Verletzungen davongetragen haben. Jammernde und händeringende Frauen und Männer liefen auf dem Brandplatz umher und wurden freundlich von den Nachbarn einweilen beherbergt. In einiger Zeit häuften Straßen und Höfe sich mit Müllstücken, Koffern u. s. w. Bald erschienen die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr und die Pioniere, um die Spritzen in Thätigkeit zu bringen und — fast klinge es wie bittere Ironie: es schien geraume Zeit in Schneidemühl an — Wasser zu mangeln. Doch gelang es den vereinten Kräften der Feuerwehr und den sonstigen Hilfsmannschaften, den Herd des Feuers zu beschränken. Offenbarungsglück. In Nord fand am Dienstag ein Zusammenstoß eines Personen- und eines Lastzuges statt. 8 Waggons wurden zertrümmert, die sämtlichen Passagiere erhielten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Literarisches.

Soeben ist in fünfter Auflage im Kommissionsverlage der Buchhandlung des Schweizer. Gräfflvereins in Zürich erschienen: Die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Von Moriz Rittinghausen. 246 und XX. Seiten 8°. Broschirt. — 5. Auflage. 1898. Um auch Unbemittelten die Anschaffung dieser fleißig und leicht verständlich geschriebenen empfehlenswerthen sozialdemokratischen Abhandlungen zu ermöglichen, ist der Preis des umfangreichen Werkes bei direktem Bezug auf 75 Cts., inkl. Francozusendung bei Nachnahme des Betrages, angefest worden. Bei Partienbezug von über sechs Exemplaren ermäßigt sich der Preis auf 50 Cts., er-küsstive Porto. Unser altbewährter greifer Vorkämpfer für die direkte Volksgesetzgebung, Rantonroth Karl Bürkli, hat die neue Auflage durchgesehen und in der Einleitung ein Bild des bewegten Lebens des im Jahre 1890 in Aith (Belgien) im Alter von 76 Jahren verstorbenen Verfassers Moriz Rittinghausen gezeichnet, das zugleich die Sturm- und Drangperiode Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre lebendig vor Augen führt.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braum (Carl Heymanns Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die Soeben erschienene Nr. 30 hat folgenden Inhalt: Das Ergebnis der amtlichen Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse im deutschen Handelsgewerbe. Von Dr. Max Quard. — Der Hofschluß und das Hofrecht in Oesterreich. Von Landwirth Heinrich Adler. — Zur Statistik der deutschen überseeischen Auswanderung. — Genossenschaftswesen in England. — Ergebnisse der Arbeitslosenstatistik in Zürich.

Von Rechtsanwält Otto Lang. — Arbeiterstatistik des Großherzogthums Hessen. — Maschinelles Verfahren bei der Lohnberechnung. — Gewerkschaftsartikel in Deutschland. — Die Sonntagseruhe in den Zigarrenläden. — Ortsstatut über Lohnzahlung an Minderjährige. — Vereinigung der Gewerbergerichte Deutschlands. — Haftpflicht in England. — Englische Bill über Einigungsämter. — Die Wohnqualität der Leipziger Arbeiterbevölkerung. — Erziehungsweisen in den Vereinigten Staaten. — Literatur: Allgemeines Statistisches Archiv. Herausgegeben von Dr. G. v. Mayr.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Prag, 27. Juni. Die Ortschaft Honau in Nordböhmen brannte bei heftigem Sturmwind vollständig nieder. Drei Menschen fanden in den Flammen den Tod.

In Karibik streifen 400 Bergarbeiter.

Paris, 27. Juni. Die Deputiertenkammer beschloß heute die von Millevoix dem Präsidenten übergebenen Schriftstücke dem Untersuchungsrichter mitzutheilen. Hierauf wurde der Cadres-Gesetzentwurf, nachdem die Dringlichkeit beschlossen worden war, ohne Debatte angenommen. Das Gesetz bezweckt die Bildung von Reserve-Cadres. Dasselbe dürfte Ausgaben in Höhe von etwa 7 Millionen Franks veranlassen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Wien, 27. Juni. Die Arbeiter der Textilfirma Gebrüder Kirchner haben die Arbeit niedergelegt.

Madrid, 27. Juni. Die gegen die spanischen Anarchisten eingeleitete Untersuchung ist beendet. Die gerichtliche Verhandlung wird eröffnet werden und zwar gegen die Urheber des Attentats auf die Wohnung Canovas, gegen die Besteller der Sprengbomben in Tetuan und ferner gegen die Besucher der geheimen Versammlungen in Madrid und Tetuan, in welchen die Korrespondenz mit den ausländischen Anarchisten besorgt wurde.

Briefkasten der Redaktion.

C. S., Brig. Derartige Flegereien, die namentlich während der Wahlzeit vielfach verübt worden sind, können nur verhindert werden, wenn die Arbeiter durch eine starke Gewerkschaftsorganisation die Unternehmer und deren Beauftragte im Respekt halten.

Genosse in Charlottenburg. Abs. 1 und 5 des § 43 der Gewerbe-Ordnung sind nicht geändert, wohl aber ist durch ein Reichsgesetz vom 12. März 1884 — nach vorherigem Beschluß des Reichstags — bestimmt worden, daß „Wahlzettel, welche im Weg der Vervielfältigung hergestellt sind und nichts weiter enthalten als die Bezeichnung der zu wählenden Personen, als Druckschriften nicht anzusehen sind.“ — also nicht unter die Bestimmungen über den „liegenden Buchhandel“ (die Kolportage) fallen, und folglich frei verbreitet werden können.

Hubertheiligt. Es ist schon oft vorgekommen, daß bei einer Widmung, die unterzeichnet war „Die Arbeiter der pp. Fabrik“, dagegen protestirt wurde, weil nicht sämtliche Arbeiter der Widmung sich angeschlossen hatten. Wenn es also heißt: „die Arbeiter der Firma N. N. außer Einem“, so haben die betreffenden Arbeiter Vorsicht geübt.

P. D. Uns ist das Total des „Geselligen Vereins“ Namenlos nicht bekannt.

V. 100. In Berlin sind die Jughunde solcher Personen, welche nach den von der Steuerbehörde zu veranlassenden Ermittlungen zum Fortschaffen eines zum Betriebe ihres Gewerbes unentbehrlichen Karrens oder Handwagens ihren Vermögensverhältnissen nach andere geeignete Transportmittel nicht zu beschaffen vermögen, steuerfrei. Auch sind abgesehen von Hunden, die zur Unterhaltung Lauber oder Blinder unentbehrlich erscheinen, und abgesehen von notwendigen Nachtwächterhunden und von zu wissenschaftlichen Zwecken in staatlichen Anstalten gehaltenen Hunden die Hunde steuerfrei, welche zur Bewachung von Gebäuden, Geschäften, Plätzen, Lagerräumen oder Waarenvorräthen notwendig sind, falls sie bei Tage an der Kette liegen oder in einem die Freiheit des Hundes vollständig ausschließenden Hundezwinger gehalten werden. Für die verschiedenen Orte der Umgebung Berlins existiren verschiedene Bestimmungen.

Cuetschdaumen. 1. Die Wirthin hat vollen Schadenersatz für die Heilung und Arbeitsminderung zu leisten. 2. Sie sind zum Wäsche-Erwerb verbunden.

W. D. Klein.

F. S. Sie lassen die Kosten durch Ihren Anwalt festsetzen der einen diesbezüglichen Antrag an den Stadtschlichter zu richten hat. Den Antrag können Sie auch selbst stellen.

Offnung. In Berlin besteht keine Gütergemeinschaft; der Ehemann muß aber nach der herrschenden Ansicht für die Kosten des Prozesses seiner Ehefrau, auch der Gerichtskosten und dem Segner aufkommen. Indessen ist diese Frage sehr streitig.

M. N. 3. Garnicht, falls er nicht wegen Entziehens von der Militärpflicht bestraft und 3 Jahre lang in die Ferienkolonie geschickt sein will.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum Wahlsond 83 ferner folgende Beträge ein:

R. 5.—, Winkelmann und seine Kunden, 2. Rate 10.—, Vier rothe Turner aus L.-B. Gesundbrunnen, München? 1.—, Durch Renner v. d. Arbeitern der Maschinenfabrik v. Sektzwan u. No. 7.—, Pufferkolonne Paasch, Bau Rummelsburg 7.—, Von den Tischlern Lohmühlenweg Nr. 1 3,50. Von den Arbeitern d. Maschinenfabrik v. Sektzwan u. No. 5,75. Dampferpartie des Verbandes der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins I. Amerikanische Auktion einer Mundharmonika durch Mähle 21,15. 3. Rate durch W. Eg., Hausvogteiplatz rechts, 1,50. Für Saumbach's Durchfall, ges. in Herrmann's Ruh 3.—, Pufferkolonne Schröder 5.—, Rückständige Alimente für die Strampel-Annie für Monat Juni 1,10. Gesammelt auf einem Geburtstags Urbanstraße 4,30. Amerikanische Auktion eines Schinkennochens, G.-B. Georgina und Colibri 5,65. Segler der Buchdruckerei von N. Gensch, 4. Rate 3.—, Gesammelt auf der Landpartie der Hamburg-Berliner Jalouiefabrik, Wassergrasse 18a 12.—, Lampenfabrik Schuster u. Baer 37,20. Ullstein's Buchdruckerei 7,25. Vergnügte Landpartie mit Schnuten nach Pichelswerder 25. Juni 5.—. Von einem Herrn, dessen Name uns entfallen, an Herrn Liebknecht gegeben 8.—, Von W. L. abgelieferter Telegramm-Überdruck 1,30.

Summa 154,70 M. Bereits quittirt 14 481,05 M.; in Summa 14 635,75 M.

In der gestrigen Nummer wurde unter Herrmann's Buchbinderei 4,15 quittirt. Es sollte heißen Weimann's Buchbinderei.

Drechsler und Berufsgenossen.

Mittwoch, den 28. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz:

Kombinierte Versammlung der betreffenden Zentralverbände zum Holzarbeiter-Verband.

Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung für den deutschen Holzarbeiter-Verband. 2. Konstituierung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

138/20

Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter und verw. Berufsg.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 29. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstraße Nr. 45:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. — Zeitungen und Beiträge in der Versammlung beim Kassierer. — Diejenigen Kollegen, welche noch Fragebogen in Händen haben, werden ersucht, dieselben so schnell wie möglich abzuliefern. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

163/18

Der Vorstand.

66. Resterhandlung. 66.

Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrsmänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. [3710L*] Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge 66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Kinderwagen

Größtes Lager im Norden Berlins.

Zweijährige gestattet.

A. W. Schulz, Brunnenstraße 145,

Ecke Rheinsbergerstraße.

Musterbücher gratis und franko.

Möbl. Zimmer (Eing. v. Flur) bei Müller, Rottbuserstr. 2, 3 Tr. 6235

Nach Amerika

Australien, Afrika und überhaupt nach allen Hafenplätzen der Welt und zur Chicagoer Weltausstellung verkauft für Reisende billige Fahrkarten und ertheilt jede gewünschte Auskunft gratis und franko das Reisebureau von [4316L*] **Theodor Reiner,** Berlin, Platz am Neuen Thor 3.

Größtes Lager Berlins

Andreasstr. 23. G. P.

Steppdecken und Schlafdecken

(mit kleinen Farbenschlern)

Spottbillig in der Deckenfabrik von

J. Brünn,

Hackescher Markt Nr. 4.

(Stadtbahnhof Börse.)

Gardinen-Reste

zu 1—4 Fenstern passend, spottbilligst, in der Fabrik Grüner Weg 80 part. Eingang vom Flur. 4332L*

Schaufgeschäft verkauft für jeden annehmbaren Preis. Näheres Kleinert, Oberbergerstr. 39, Hof 4 Tr. (Agenten verboten.) 612b

Möbl. Schlafst. für Herrn Fürstenstraße 21, v. 2 Tr. b. Krugemann. 613b

Zur pünktl. Lieferung des „Vorwärts“ sowie sämtl. Parteiliteratur empfiehlt sich für Siden und Südosten **Karl Kirsch, Feinschneiderei 112,** 630b Ecke Gütchenstraße.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags. 3981b*

Kunden-Eislerer für 400 M. zu verkaufen. Näheres bei Billerbeck, Lothringersstraße 33, 1 Tr.

Stehbierhalle wegen Todesfalls zu verkaufen od. z. verpachten. Pr. 450 M. Boyer, Paderstr. 57, Hof 3 Tr. 614b

Kinderwagen eleganter, Niederwallstraße 11, v. 1 Tr., spottbillig. 448b*

Gutgehendes Seifen-Geschäft ist preiswerth zu verkauf. Zwillingstr. 27, Moabit. 531b

Wirtl. Kommode, feine, Kleiderständer, eis. Bettstelle, spottbillig zu verkaufen. Reichenbergerstr. 181 b. T r e f f. 625b

Schlafst. an 2 Herrn z. verm. Langestraße 20, Seitenfl. 2 Tr. r. 629b

Möbl. Schlafst. f. Herrn b. Schenk, Teitowstr. 47/48. 616b

Ein Genosse findet f. d. Schlafst. bei Stegmann, Rannysstr. 32, 4 Tr.

Schlafst. bei alleinstehender Wittwe Grüner Weg 6, G. r. 620b

Hofwohnung p. 1. Juli billig

2 St. Küche Kommandantenstr. 48, Hof rechts 3 Tr. r.

Möbl. Schlafst. f. Herrn bei Bwe. Chamier, Höchlestr. 1, v. 2 Tr. 619b

Möblierte Schlafst. für Herren bei Strubel, Admiralsstr. 37, v. 3 Tr. 632b

Schlafst. b. Miele, Adalbertstr. 9 IV.

Möbl. Schlafst. für 1 od. 2 Herren bei Minske, Manteuffelstr. 61, v. 1 Tr.

Frdl. möbl. Schlafst. sof. od. später billig zu vermieten b. Frau Schröder, Reichenbergerstr. 63a. 609b

Arbeitsmarkt.

Möbelpolierer verl. Heilnerstr. 2, Hof r. 3 Tr. 615b

Schneidergesellen f. Burschen-Jackets verl. Petormann, Stallschreiberstr. 1/2.

50 Jacket- Arbeiterinnen verl. Kleiner, Anklamerstr. 26. 627b

Klempner auf Zinnguß und Lampenlöper verlangt Mielke, Fürstenstr. 8.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.

Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 43632

Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schutzmarke. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 8661L. G. F. Dinslage, Rottbuserstr. 4, Hof part.

Der Schutzengel D.R.P.a.



Preis 3 u. 4 M.

macht es den Kindern unmöglich, das Fenster zu öffnen, und verhindert das Hinausfallen der Kinder aus offenkundigen Fenstern. Gegen Eins. von M. 3,50 resp. 4,50 franko bei

Littauer, Berlin, Landsbergerstr. 25/26. Prospekte gratis und franko. 638/10

5 1/2 Pfund Albrecht's Brot für Bäckerei, 50 Pfennig Liefer. Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Vorsicht beim Einkaufe von **Zacherlin,** (dieses stammenswerth wirkenden Mittels gegen jederlei Insekten).



Kunde: ... Warum reichen Sie mir denn offenes Insektenpulver? ... Ich habe doch „Zacherlin“ verlangt und solches existirt bekanntlich nur in Flaschen! — Offenes Pulver nehme ich nicht an ... denn ich weiß gar gut, daß es bloß ein arger Mißbrauch des mit Recht gerühmten Namens „Zacherlin“ ist, wenn gewöhnliches Insektenpulver in Briefen, Pöten oder Schachteln für „Zacherlin“ ausgegeben wird. — Entweder geben Sie mir eine versiegelte

Flasche mit dem Namen „Zacherlin“ — oder mein Geld retour. Irrfahrten lasse ich mich nicht!!
Die Flaschen kosten 30 Pf., 60 Pf., 1 M., 2 M., der Zacherlin-Sparer 50 Pf.
Niederlagen sind in Berlin viele Hunderte — jedoch wohl gemerkt — nur dort, wo Zacherlin-Plakate ausgehängt sind.